

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KÜPFERDRUCKER, FORMSTECHEER, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telefon: Ami III, 5246. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schenkenditz. Redaktionsschluß: Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Peitzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Verlagsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Uebersichtskauf.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Wer hintertreibt die Einigung? Rundschau. Wirtschaftliche Monatschau. Die Zollpolitik, der Hansabund und die Arbeiterklasse, II. Die Lebensmittelsteuerung. Adressen-Änderungen. — **Allgemein:** Glossen zur Bewegung, III. Freiheitsideale des christlichen graphischen Zentralverbandes. Ortsberichte: Aus den Streik- und Aussperungsorten. — **Der Lithograph:** Kunstflug. — **Die photomech. Fächer:** Aus den Sektionen: Berlin. — **Feuilleton:** Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Gesperrt:

Altwasser. Aschaffenburg. Barmen. Berlin. Bielefeld. Braunschweig. Bremen. Breslau. Cassel. Chemnitz. Crefeld. Crimmitschau. Döbeln. Dresden. Düren. Frankfurt a. Main. Freiburg i. Schl. Fürth. Gera. Halberstadt. Halle a. Saale. Hamburg. Hannover. Heilbronn. Hofgöhlennau. Höxter. Kempen Rhl. Kiel. Kirchhain N. L. Lahr i. B. Leipzig. Lindenruh bei Glogau. Lübeck. Magdeburg. Mainz. Mannheim. Mügeln bei Dresden. Nerchau. Niedersiedlitz. Nürnberg. Offenbach a. M. Rheyd. Saalfeld. Schleittau. Schwabach. Stettin. Stuttgart. Würzburg. Wurzen. Zeitz.

Bel jedem Stellungswechsel, auch am Ort, muß unbedingt vor Annahme des Engagements Auskunft eingeholt werden!

Brüssel. Die Differenzen der Formstecher mit der Firma A. Strümpfer, Formstecher, sind zugunsten der Organisation beigelegt. Die Sperre ist aufgehoben.

Lohnbewegungen und Ferienbewilligungen.

Darmstadt. Die Firma Trommer & Morian verkürzte die Arbeitszeit für die Steindrucker und das Hilfspersonal um 2 1/2 Stunden wöchentlich. — Die Firma Vereinigte Kunstdruckereien bewilligte ihrem Personal 3 und 6 Tage Ferien.

Frankfurt a. M. Die Firma Ruppert bewilligte den Kolonnen 1 bis 5 Mark Lohnzulagen; ebenso erhielten die Hilfsarbeiter entsprechende Lohnaufbesserungen. Gleichzeitig bewilligte die Firma 3 bis 6 Tage Ferien. Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden 20 Minuten.

Höchst a. M. In der Firma Remy wurde die Arbeitszeit für Steindrucker um 4 1/2 Stunden auf 52 1/2 Stunden wöchentlich verkürzt.

Magdeburg. Die Firma Schäffer & Budenberg schaffte die Akkordarbeit ab und bewilligte 1 1/2 bis 2 Mk. Lohnzulagen.

Offenburg i. B. Die Firma Dold bewilligte 2 bis 6 Tage Ferien; 11 Kollegen kommen dabei in Betracht.

Regensburg. Die Firma A. Niedermeyer verkürzte die Arbeitszeit für Lithographen um 4 1/2 und für Steindrucker um 3 Stunden wöchentlich.

Stuttgart. Die Firma Reischer bewilligte 3 bis 6 Tage Ferien; 20 Kollegen kommen dabei in Betracht.

Tariffbewegungen.

Posen. In den hiesigen Firmen wurde für 35 Kollegen ein Tarif auf folgender Grundlage abgeschlossen: Die Arbeitszeit beträgt für Lithographen 48 Stunden, für Steindrucker 52 1/2 und vom 1. April 1912 ab 52 Stunden wöchentlich. Der Mindestlohn im ersten Gehilfenjahre beträgt 22 Mk., beim Lehrprinzipal 20 Mk. Alle gesetzlichen Feiertage werden bezahlt; für jeden der 12 katholischen Feiertage werden 4 Stunden vorgearbeitet, worauf sie ebenfalls voll entschädigt werden. Ueberzeitarbeit bis zu 2 Stunden wird mit 25 Proz., von mehr als 2 Stunden mit 33 1/3 Proz. und Sonntags mit 75 Proz.

Zuschlag bezahlt; bei 2 Ueberstunden wird eine Viertelstunde, bei längerer Ueberzeitarbeit eine halbe Stunde Pause eingerechnet. Die Lehrlingsskala läßt auf je 1 bis 5 Gehilfen einen Lehrling zu; die Probezeit der Lehrlinge beträgt 3 Monate. Bei Versäumnissen nach § 616 B. G.-B. werden bis zu 3 Stunden entschädigt. Arbeitsmaterial und Muster werden geliefert. Die Tarifdauer gilt bis 30. September 1913. Zur Regelung von Tarifstreitigkeiten wurde eine aus je 3 Prinzipalen und Gehilfen bestehende Kommission eingesetzt. Außerdem erhielten alle Gehilfen Lohnzulagen von 1 bis 3 Mark wöchentlich. Die Anerkennung der Tarifs erfolgte durch 6 Firmen. Nur die beiden Firmen W. Dicker & Co. und Goldberg, die nur 4 Gehilfen beschäftigen, haben den Tarif noch nicht anerkannt. Sie sind infolgedessen gesperrt.

Wer hintertreibt die Einigung?

Der Schutzverband fühlte sich veranlaßt, in seinem letzten Rundschreiben an die Steindruckerbesitzer und in Nr. 21 seines Organs vier zwischen ihm und unserem Hauptvorstand gewechselte Briefe zu veröffentlichen, um aus dieser rein aktenmäßigen Darstellung nachzuweisen, auf welcher Seite die Friedensliebe zu suchen wäre. Um die Öffentlichkeit bewußt zu täuschen, hat er bei dieser rein aktenmäßigen Darstellung drei weitere Briefe, die noch vor der Herausgabe seines Flugblattes gewechselt worden sind, direkt unterschlagen! Diese drei Schreiben hätten den unzweideutigen Nachweis geliefert, daß beim Schutzverbande die Friedensliebe nicht zu suchen ist, daß er die Verhandlungen verschleppte und daß er dadurch den Friedensschluß im Gewerbe bisher hintertrieben hat. Da er durch seine Roßtäuscherkünste auch unsere Kollegen irreführen versuchte, indem er den Streikenden und Ausgesperrten die Nr. 21 seines Organs zustellen ließ, sehen wir uns veranlaßt, durch die Veröffentlichung des gesamten Briefwechsels die betrügerischen Manipulationen, die der Schutzverband zur Vorspiegelung falscher Tatsachen über seine »Friedensliebe« unternahm, vor der Öffentlichkeit rein aktenmäßig nachzuweisen.

Als die Verhandlungen über die Leipziger Forderungen am 15. September gerichtet waren, weil die Weiterberatung von den Schutzverbandsvertretern als zwecklos abgelehnt worden war, reichten bekanntlich die Kollegen in Nürnberg, Stuttgart, Frankfurt a. M. und einigen anderen Städten ihre Forderungen ein. Sie erhielten von allen dabei in Frage kommenden Schutzverbandsfirmen durch die betreffenden Kreisvertreter ein gleichlautendes Antwortschreiben folgenden Inhalts:

„An den Verband der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufsgenossen Deutschlands!
Von unsern Mitgliedern in . . . wird uns Mitteilung über von Ihnen gemachte Forderungen gemacht. Wir haben diese Forderungen an den Vorstand des Schutzverbandes in Berlin weitergegeben und ersuchen Sie, die Angelegenheit ebenfalls an Ihren Hauptvorstand in Berlin weiterzugeben und denselben zu veranlassen, sich dieserhalb mit dem Vorstand des Schutzverbandes in Verbindung zu setzen.
Hochachtungsvoll (Unterschrift).“

Obwohl zur Befolgung des im letzten Satze dieser Antwortschreiben erteilten Ratschlages für unseren Hauptvorstand keinerlei Veranlassung vorlag, da sich die Schutzverbands-

leitung, die ja die Verhandlungen vom 15. September abgebrochen hatte, ebensogut an die Zentrale unseres Verbandes hätte wenden können, dokumentierte letztere doch ihr Bestreben, wenn irgend möglich einen friedlichen Ausgleich der Differenzen auf dem Wege der Verhandlungen herbeizuführen, durch folgenden an den Vorstand des Schutzverbandes gerichteten und vom 25. September datierten Brief:

„Von unseren Vorständen in Fürth-Nürnberg, Stuttgart-Cannstadt und Frankfurt-Offenbach ging uns ein gleichlautendes Schreiben zu, wonach die Schutzverbandsfirmen dieser Orte, bei denen unsere Kollegen Forderungen stellten, mitteilen ließen, daß diese Sache an Sie weitergegeben sei und wir uns mit Ihnen darüber in Verbindung setzen sollten. Indem wir der Ordnung wegen Ihnen hiervon Kenntnis geben, erklären wir gleichzeitig, daß wir zu Verhandlungen bereit sind, wenn dies von Ihnen gewünscht wird.
Hochachtungsvoll
Otto Sillier, Hauptvorsitzender.“

Aus dem Schlußsatz glaubt der Schutzverband auf den »Machtkitzel des Senefelderbundes« schließen zu müssen, der in ganz eigenartigem Kontrast zu dessen Friedensversicherungen stehen soll, während er einzig und allein auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß der Schutzverband am 15. September weitere Verhandlungen eben nicht wünschte, da er sie ja sonst nicht abgebrochen hätte. Die kuriose Schlußfolgerung ist aber, wie wir bereits in der vorigen Nummer der »Gr. Pr.« bemerkten, ein Zeichen für die krankhafte Nervosität des Schutzverbandes, die ihm am hellen Tage Gespenster sehen läßt. Seine »Friedensliebe« bekundete der Schutzverbandsvorstand durch folgendes vom 28. September datiertes Antwortschreiben auf den Brief unseres Hauptvorstandes:

„Im Besitze Ihres gefl. Schreibens vom 25. d. M. erwidern wir, daß wir jederzeit zu Verhandlungen über die schwebenden Differenzen bereit sind. Diese Verhandlungen müßten jedoch auf der Basis stattfinden, die bezüglich der beiden Punkte Arbeitszeit und Mindestlohn von uns in den Verhandlungen vom 15. September eingenommen wurde.“

Was die übrigen von Ihnen gestellten Forderungen angeht, so werden wir bei diesen Verhandlungen Gelegenheit nehmen, unseren Standpunkt in den einzelnen Fragen näher zu begründen. Ihrer Rücküberlegung entgegengehend zeichnet hochachtungsvoll

Schutzverband Deutscher Steindruckerbesitzer.
Der Vorsitzende. Der Generalsekretär.
Paul Wundsch. Dr. Wagner.“

In diesem Briefe schlägt ein Satz den anderen tot. Seine platonische Bereitwilligkeitserklärung zu weiteren Verhandlungen im ersten Satz hebt der Schutzverband im zweiten wieder auf durch die Bedingung, daß es in bezug auf die bei den Verhandlungen vom 15. September als un-**unerledigt zurückgestellten Punkte Arbeitszeit und Mindestlohn** bei dem bleiben müsse, was er zu konzedieren für gut befand. Da die Verschärfung der Differenzen aber grade auf das völlig Ungenügende und Nichtbefriedigende dieser »Zugesändnisse« zurückzuführen ist, konnte sich unser Hauptvorstand natürlich mit der Ausschaltung der schwerwiegendsten Differenzpunkte bei neuen »Verhandlungen über die schwebenden Differenzen«, zu denen der Schutzverband angeblich zu jeder Zeit bereit sein

wollte, nicht einverstanden erklären. Er antwortete daher unterm 2. Oktober:

Im Besitze Ihres gef. Schreibens vom 28. v. M. wies ich im Namen unseres Verbandes darauf hin, daß auch wir uns zu Verhandlungen bereits am 25. v. M. bereit erklärten, doch halten wir es für selbstverständlich, daß wie bei der ersten Verhandlung unsere ganze Vorlage als Beratungsgegenstand dienen mußte. Wenn sie demgegenüber anführen, daß die Verhandlungen im Punkte Arbeitszeit und Mindestlohn sich im Sinne ihres Standpunktes bewegen müßten, so zur Kenntnis, daß wir auf der Beratung der ganzen Punkte der Vorlage bestehen müßten. Es ist völlig ausgeschlossen, daß wir statt der jetzt üblichen Durchschnittsarbeitszeit von 5 1/2 Stunden in Deutschland einer 53 stündigen zustimmen könnten. Wie Sie überdies in Ihrem Flugblatt bei einer halben Stunde, also täglich 5 Minuten, Arbeitsverkürzung von einem weitgehenden Entgegenkommen sprechen können, ist uns ein Rätsel, und hat dies bei unseren Mitgliedern die nötige Wirkung ausgelöst. Wir sind also zu Verhandlungen jederzeit bereit, doch müßten sich diese auf Grundlage der Leipziger Forderungen bewegen.

Bei der Gelegenheit diene zur Kenntnis, daß die gleichen Forderungen nunmehr auch für alle Schutzverbandfirmen Deutschlands eingereicht sind und dies als Antwort auf die vorgenommenen Kündigungen in Rechnung zu stellen ist.

Ihrer weiteren Rückäußerung entgegengehend, zeichnet hochachtungsvoll

Otto Sillier, Hauptvorsitzender.

Auf dieses Schreiben wußte der Schutzverband nicht anders zu antworten als durch die Wiederholung dessen, was er bereits in seinem Briefe vom 28. September gesagt hatte. Er schrieb nämlich unterm 11. Oktober an unseren Hauptvorstand:

Wir bestätigen hiermit den Empfang Ihres gef. Schreibens vom 2. d. M. und bemerken nochmals, daß auch wir jederzeit zu Verhandlungen über die Vorlage bereit sind.

Wir betonen jedoch ausdrücklich, daß wir bezüglich der beiden Punkte Arbeitszeit und Mindestlohn unsern in den Verhandlungen vom 15. Sept. vertretenen Standpunkt aufrecht erhalten müssen. Ihrer gef. Rückäußerung entgegengehend, zeichnet hochachtungsvoll

Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer.
Der Vorsitzende: Paul Wundsch.
Der Generalsekretär: Dr. Wagner.

Bei diesem Briefe bricht die vom Schutzverband veröffentlichte, angeblich »rein aktenmäßige Darstellung« plötzlich ab, obwohl bis zum Tage der Veröffentlichung seines Rundschreibens, das vom 27. Oktober datiert ist, noch ein Schreiben unseres Hauptvorstandes und zwei Schreiben der Schutzverbandzentrale vorlagen, die unbedingt einer wirklichen rein aktenmäßigen Darstellung hätten einverleibt werden müssen. Aber das hätte der Öffentlichkeit die Augen tatsächlich geöffnet, woran dem Schutzverbande nichts gelegen sein konnte. Daher unterschlug er diesen weiteren Briefwechsel, um den Anschein zu erwecken, als habe unser Hauptvorstand das Schutzverbandschreiben vom 11. Oktober ganz unbeachtet gelassen und damit die Möglichkeit einer Einigung verschleppt. Um der Öffentlichkeit klaren Wein einzuschenken und um ihr zu zeigen, daß nur der Schutzverband diese Verschleppungspolitik treibt, bringen wir die drei Briefe, die der Schutzverband zur Irreführung der öffentlichen Meinung unterschlug. Auf das Schutzverbandschreiben vom 11. Oktober antwortete unser Hauptvorstand unterm 17. Oktober folgendes:

Unter Beantwortung Ihrer am 12. d. M. hier eingegangenen Zuschrift erklären wir, wie schon wiederholt, uns zu Verhandlungen über die Leipziger Vorlage jederzeit bereit.

Wenn Sie uns mitteilen, daß Sie bei Punkt Arbeitszeit und Mindestlohn auf Ihrem bisherigen Standpunkt bestehen bleiben müssen, so zur Kenntnis, daß ein gleiches auch bei uns vorliegt. Wir nehmen aber nach Ihrem Schreiben an, daß Sie über die ganze Vorlage zu verhandeln bereit sind, was ja auch gar nicht anders sein kann, denn der Punkt Arbeitszeit wurde als unerledigt zurückgestellt bis Punkt Mindestlohn erledigt ist, und der Punkt Mindestlohn ist schon deshalb unerledigt geblieben, weil die Antwort auf die durch unseren Kollegen Sillier erfolgte Anregung: »Die Festsetzung eines zentralen Mindestlohnes für die zurückgebliebenen Städte« noch aussieht. Herr Wundsch erklärte bekanntlich, daß diese Frage im Moment noch nicht beantwortet werden kann, weil der Vorstand des Schutzverbandes sich damit noch nicht beschäftigt habe. Damit ist also der Punkt Mindestlohn unerledigt geblieben und Punkt Arbeitszeit bis nach Erledigung des Punktes Mindestlohn zurückgestellt.

Die vorliegende Sachlage erfordert somit ein Verhandeln über die ganze Leipziger Vorlage.

Ihrer gef. Rückäußerung sieht entgegen
Hochachtungsvoll
Verband der Lithographen, Steindr. u. verw. Berufe
i. A.: Otto Sillier.

Unser Hauptvorstand hat also seine Forderung, die ganze Leipziger Vorlage als Grundlage für weitere Verhandlungen zu nehmen, auf Grund des Ganges der ersten Verhandlungen vom 15. September auch ausführlich begründet. Die Arbeitszeit- und die Mindestlohnfrage waren damals als unerledigt zurückgestellt worden; die Erledigung sieht also noch aus! Wie fatal dem Schutzverbände die ausdrückliche Betonung dieser Tatsache, die er nicht hinwegleugnen konnte, war, ist aus seinen Antwortbriefen zu erkennen. Zunächst bestätigte er unterm 19. Oktober nur kurz den Eingang des Schreibens unseres Hauptvorstandes durch folgende Benachrichtigung:

Im Besitze Ihres Schreibens vom 17. d. M. teilen wir Ihnen mit, daß der Vorstand des Schutzverbandes demnächst zu dem Inhalt desselben Stellung nehmen und Ihnen weitere Mitteilungen zukommen lassen wird.

Hochachtungsvoll

Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer.
Paul Wundsch, Dr. M. Wagner,
Vorsitzender, Generalsekretär.

Anscheinend hat sich aber der Schutzverbandsvorstand nicht darüber schlüssig zu werden vermocht, wie er sich aus der für ihn äußerst unangenehmen Sachlage herausfinden sollte, und er hielt es für ratsam, auch den Schutzverbandsausschuß darüber zu befragen. An unsern Hauptvorstand sandte er daher unterm 24. Oktober folgenden weiteren Brief:

In Ergänzung unseres Schreibens vom 19. d. M. teilen wir Ihnen mit, daß der Vorstand beschlossen hat, die Angelegenheit der demnächst tagenden Sitzung des Schutzverbandsausschusses zu unterbreiten. Sobald der Ausschuß Stellung genommen hat, werden wir Ihnen weitere Nachricht zukommen lassen.

Hochachtungsvoll

Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer.
Vorsitzender, Paul Wundsch.
Generalsekretär, Dr. M. Wagner.

Diese drei die Sachlage beleuchtenden Dokumente hat der Schutzverband in seinem Rundschreiben der Öffentlichkeit vorenthalten! Er wußte warum! Wir überlassen das Urteil über diese Art »Aufklärungsarbeit« getrost denen, die damit hinteres Licht geführt werden sollten. — Zur definitiven Beantwortung des Briefes unseres Hauptvorstandes vom 17. Oktober brauchte der Schutzverband volle zwei Wochen. Erst unterm 31. Oktober ließ er unsern Hauptvorstand folgende Antwort zugehen:

Im Anschluß an unser Schreiben vom 23. d. M. teilen wir Ihnen auf Grund eines Beschlusses unseres Ausschusses mit, daß wir bereit sind, in Verhandlungen mit Ihnen einzutreten, falls Sie sich mit der von uns angebotenen 53 stündigen wöchentlichen Arbeitszeit einverstanden erklären. Wir sehen Ihrer gef. Rückäußerung entgegen.

Hochachtungsvoll

Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer.
Der Vorsitzende: Paul Wundsch.
Der Generalsekretär: Dr. M. Wagner.

Der Schutzverband gab sich also gar nicht erst Mühe, auf die Begründung unseres Hauptvorstandes, daß die beiden am 15. September unerledigt gebliebenen Punkte Arbeitszeit und Mindestlohn bei weiteren Verhandlungen unbedingt mit zur Beratung stehen und dadurch ihrer Erledigung zugeführt werden müßten, sachlich einzugehen, sondern er diktierte einfach, daß die von ihm angebotene 53 stündige Arbeitswoche ohne weiteres anerkannt werden müsse, bevor er sich überhaupt zu weiteren Verhandlungen mit uns herbeilassen wolle. In bezug auf den Mindestlohn gab er seinen früheren Standpunkt auf, da er sich der Tatsache eben nicht verschließen konnte, daß über einen zentralen Mindestlohn überhaupt noch nicht verhandelt worden ist. Im Gegensatz zu der die Einigung verschleppenden Gewaltpolitik des Schutzverbandes hielt es unser Hauptvorstand für angebracht, seinen einer Einigung die Wege weisenden Standpunkt noch einmal zu betonen und zu begründen. Das geschah durch folgenden vom 6. November datierten Brief:

Bezugnehmend auf Ihre am 1. November hier eingegangene Zuschrift erklären wir uns jederzeit,

wie bisher, zu Verhandlungen über die ganze Vorlage bereit. Die Ausschaltung eines Punktes der Vorlage bei den Verhandlungen ist jedoch für uns nicht angängig. Nach unserem letzten Briefe ist dies auch gar nicht möglich, denn wir wiederholen, daß Punkt 1 nur zurückgestellt wurde, bis Punkt 2 (Mindestlohn) erledigt ist und Punkt 2 ist nicht erledigt, somit kann auch rechtlich der Punkt Arbeitszeit bei den weiteren Verhandlungen gar nicht ausschalten und müßte über die ganze Vorlage verhandelt werden.

Wir sehen Ihrer gef. weiteren Nachricht entgegen und zeichnen hochachtungsvoll

Otto Sillier, Hauptvorsitzender.

Das ist die rein aktenmäßige Darstellung des gesamten bisherigen Briefwechsels, die ein anderes Bild gewährt wie die Darstellung des Schutzverbandes in seinem »Aufklärungs«-Rundschreiben, bei der der äußerst wichtige Brief vom 17. Oktober und die beiden Mitteilungen vom 19. und 23. Oktober unterschlagen worden sind. Dem objektiven Beurteiler wird nach dem Studium dieses gesamten Aktenmaterials die Beantwortung der Frage, wer gegen den Frieden im Gewerbe arbeitet, die weiteren Verhandlungen verschleppt und die Einigung hintertreibt, nicht schwerfallen: der Schutzverband steht am Pranger!

Die Gehilfenschaft kann sich die 53 stündige Arbeitswoche nicht aufzwingen und diktieren lassen. Sie muß die weitere Verkürzung der Arbeitszeit verlangen, durch die ihrer Ueberzeugung nach die Konkurrenzfähigkeit des Gewerbes gegenüber dem Auslande auch nicht um ein Jota eingeschränkt wird, da in den meisten ausschlaggebenden Ländern diese kürzere Arbeitszeit bereits besteht. Dagegen schädigt der Schutzverband diese Konkurrenzfähigkeit ganz enorm, indem er die Gehilfenschaft durch die brüske Ablehnung ihrer berechtigten und erfüllbaren Forderungen, die für ihn Lappalien sind, zum Kampfe zwingt. Dieser aufzuzwingende Kampf wird ungeachtet der Friedensliebe der Gehilfenschaft mit aller Energie und Geschlossenheit zu einem guten Ende geführt werden, dessen kann der Schutzverband versichert sein.

Rundschau.

Ein unhaltbares Gewerbeurteil
wurde kürzlich vom Berliner Gewerbegericht gefällt. In einer Berliner Steindruckerei, deren Anlegern die Arbeit niedergelegt hatten, sollte ein bis dahin als Bogenfänger beschäftigter Hilfsarbeiter anlegen, obwohl er diese Arbeit vorher noch nie verrichtet hatte. Er walgerte sich deshalb und auch darum, weil er die Verrichtung von Streikarbeit für verwerflich hielt. Er wurde daraufhin entlassen und klagte nun auf Schadenersatz für den Lohnausfall für den Rest der Kündigungsfrist. Der Vertreter der Firma machte geltend, daß der Kläger nicht nur als Bogenfänger, sondern als Hilfsarbeiter eingestellt worden sei; als solcher hätte er auch anlegen müssen. Wenn das der Kläger noch nie gemacht habe, so hätte er die Maschine langsam laufen lassen können. Auf keinen Fall wäre die Weigerung berechtigt gewesen; denn die Anleger gingen immer aus den Bogenfängern hervor und der Kläger habe nicht nur Bogen gefangen, sondern auch andere Hilfsarbeiten verrichtet. Das Gericht erblickte in dem Verhalten des Klägers eine beharrliche Arbeitsverweigerung, die die sofortige Entlassung rechtfertige und wies die Klage ab. Der Kläger hätte anlegen müssen, und wenn er infolge seiner Ungewandtheit und Unkenntnis Makulatur gemacht hätte, so wäre das nur das Risiko der Firma gewesen. Diese Entscheidung verlangt von einem Arbeiter eine Handlung, die gegen die guten Sitten verstößt. Denn es wurde von ihm Streikarbeit verlangt, und diese ist sogar von dem in Rechtsfragen als Autorität allgemein anerkannten Professor Lotmar als eine gegen die guten Sitten verstößende Handlung bezeichnet worden.

Auf Schadenersatz wegen kündigungloser Aufgabe der Arbeit klagte vor dem Färther Gewerbegericht die Kunstanstalt Georg Löwensohn gegen zwei Steinschleifereihilfsarbeiter. Sie verlangte von jedem 50 Mk. und begründete dies damit, daß die beiden Arbeiter trotz der für sie bestehenden Kündigung zugleich mit den Steindruckern die Arbeit niederlegten und die Klägerin infolge des Wegbleibens der Beklagten eine Maschine einen Tag nicht laufen lassen konnte. Ihr sei dadurch ein Schaden von 100 Mk. entstanden. Die Höhe des Schadens konnte nicht klar erwiesen werden. Da die Beklagten die Rückkehr zur Arbeit verweigerten, wurden sie auf Antrag des Vertreters der Firma zu einem Schadenersatz von je 19,80 Mk. verurteilt, was dem örtlichen Tagelohn für eine Woche entspricht. Ein dritter Hilfsarbeiter, der zur Verhandlung nicht erschien, wurde durch Versäumnisurteil zum gleichen Schadenersatz an die

Firma verurteilt. — Man vergleiche damit das vorstehende Urteil des Berliner Gewerbegerichts, das den kündigungswilligen Hinauswurf eines Arbeiters durch einen Unternehmer als gerechtfertigt betrachtete.

Die Blechdruckereien Deutschlands, resp. ein Teil dieser Betriebe, haben sich zu einer besonderen Gruppe der Blechdruckereien innerhalb der Gesamtvereinigung der Weißblechverarbeitenden Industriellen Deutschlands zusammengeschlossen. Gleichzeitig sollen sie beschlossen haben, sich mit dem Schutzverbande Deutscher Stempeldruckereibesitzer über gemeinsame Abwehrmaßnahmen im gegenwärtigen Kampfe der Gehilfenschaft um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verständigen.

Heldentaten einer Streikbrechergarde. In der Chamottefabrik C. A. Voltz stehen die Arbeiter seit 5 Wochen im Streik, weil sie für die bestreikte Chamottefabrik Fliesen in Grünstadt Streikarbeit anfertigen sollten. Der Streik bei der Firma Fliesen ist inzwischen erfolgreich beendet, die Firma Voltz weigerte sich aber, die streikenden Arbeiter wieder einzustellen. Ihre Bemühungen, Arbeitslose zu bekommen, waren erfolglos. Jetzt hat sie sich einen Transport berufsmäßiger Streikbrecher unter Führung eines gewissen Molinari aus Brakwede kommen lassen. — Eines Abends kam Molinari zur Fabrik zurück. Ein Streikposten ging in der Dunkelheit etwas näher heran, um zu sehen, wer dort vor der Fabrik sich aufhält. Im selben Augenblick bekam der Streikposten von Molinari einen Schlag über die Schulter. Einige andere Streikposten kamen in diesem Augenblick heran. Da wurde das Tor der Fabrik aufgerissen und die ganze Streikbrechergarde stand schlagbereit da. Unter diesen Umständen versuchten die Streikposten, zu entfliehen, wurden aber von hinten niedergeschlagen und furchbar zugerichtet. Es gewinnt den Anschein, als ob hier eine gewisse Verabredung vorlag, denn im gleichen Moment, als Molinari den ersten Schlag führte, wurde das Tor aufgerissen und die ganze Streikbrechergesellschaft war anwesend. Anzeige ist erstattet. Hoffentlich wird die Staatsanwaltschaft gegen die Verbrecher vorgehen.

Der Arbeitsmarkt im September hat sich, wie im Oktoberheft des »Reichsarbeitsblattes« berichtet wird, nach den Berichten aus der Industrie im allgemeinen gebessert. Auf dem Ruhrkohlenmarkt hat der flauere Geschäftsgang angehalten. In Oberschlesien besserte sich die Nachfrage nach Steinkohlen etwas, doch war die Verfrachtung wegen der schlechten Wasserverhältnisse ungenügend. Auch in Niederschlesien war der Kohlen- und Koksabsatz nicht ausreichend. In der Textilindustrie klagen die Baumwollspinnereien über einen unverändert schlechten Geschäftsgang; auch die Tuchfabriken sind nur vereinzelt befriedigend beschäftigt. In der Spiritusindustrie war der Geschäftsgang schleppend. Flott beschäftigt waren der Maschinenbau, die elektrische und die chemische Industrie; auch im Baugewerbe herrschte zumeist noch recht reges Leben. Vom Kohlensyndikat wird der Geschäftsgang als lebhaft bezeichnet. In der Flußschifffahrt trat mit dem Regen eine Besserung ein.

Die Arbeitslosigkeit im polygraphischen Gewerbe stand im September nach den Mitteilungen des »Reichsarbeitsblattes« wie folgt:

Organisation	Mitgl.-zahl am Monatsende	Arbeitslose am Monatsende am Ort	Arbeitslose am Monatsende auf der Reise	Arbeitslose auf 100 Mitglieder Ende Septbr.	Arbeitslose auf 100 Mitglieder Ende August
Buchdrucker	63020	2985	843	6,1	4,4
Buchbinder	30069	577	68	2,2	3,1
Lith. u. Steindr.	17205	917	102	5,9	4,1
Graph. Hilfsarb.	16912	208	9	1,3	1,7
Xylographen	448	22	—	4,9	8,4
Notensetzer	435	—	—	—	—
Gutenbergbund	3070	35	2	1,2	1,2
Graph. Zentralverband (centr.)	1630	36	—	3,3	1,6
Graphische Berufe (H.-D.)	1676	13	—	—	0,2

Die Schattenseiten gewisser Wohlfahrts-einrichtungen, hauptsächlich jener Einrichtungen, die von Unternehmern für Arbeiter getroffen werden, beleuchtet der Münchener Nationalökonom Professor Sinzheimer in einem Artikel der Wochenschrift »März« unter dem Titel: »Der Kampf gegen den neuen Feudalismus« folgendermaßen: »Es gibt sogenannte Wohlfahrts-einrichtungen, deren Wirkungen darin bestehen, daß sie den Arbeitern Vorteile, und zwar in Nachteilen für die Arbeiter wurdende Vorteile verschaffen. Einrichtungen, die den Arbeitern überhaupt keine Vorteile bringen oder die Lage der Arbeiter in einigen Punkten verbessern, in andern Punkten aber verschlechtern. Solche Einrichtungen bedeuten keine Etablierung des Geschäftslebens, sondern eine Kommerzialisierung der Ethik. Sie bedeuten nicht bloß Freiheit vom Staate, sondern auch Herrschaft über den Staat, da sie die von ihm gewährten Rechte der Freizügigkeit, der Koalition und die von ihm gewährten Wahlrechte innerhalb ihres Herrschaftsbereichs für die Arbeiter außer Kraft setzen. Solche Einrichtungen verschärfen die Klassengegensätze; sie verlären die Ueberlegenheit des Arbeitgebers gegenüber dem Arbeiter dadurch, daß sie den Arbeitgeber zugleich zum Mietsherrn, zum Gläubiger der Arbeiter und zum Verwalter von Arbeitergeldern machen, und sie vermehren die Schwäche des Arbeiters gegenüber dem Arbeitgeber, indem sie den arbeitslosen Arbeiter zugleich

obdachlos machen, von ihm die Erfüllung dringender Schuldverbindlichkeiten in dem für ihn ungünstigsten Zeitpunkte verlangen und dem Arbeitgeber unvertraute Arbeitergelder den Arbeitern vorthalten. Solche Einrichtungen sind die Kennzeichen des neuen Feudalismus, der auf dem Gebiete der modernen Industrie, des Bergbaues, des Handels und des Transportwesens auftritt. Der alte Feudalismus feiert da seine Wiederauferstehung mit seiner Bindung an die Scholle, mit seiner Rachsucht gegen diejenigen, die dem Herrschaftsbereich des Grundherren entrannen und den Entronnenen Schutz gewährten, mit seiner Mattsetzung der Staatsgewalt durch Sondergewalten, mit seiner Einflußlosigkeit des Hörigen in öffentlichen Angelegenheiten.

Die ortsüblichen Tagelöhne werden mit dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung neu festgesetzt. Das neue Verfahren bringt eine Vereinfachung, indem in Zukunft die einzelnen Versicherungsanstalten für ihren Bezirk, das heißt also für jeden Kreis, nach Anhörung der Gemeindebehörden und der Vorstände der Krankenkassen die Ortslöhne in Anschlag bringen, die dann vom Oberversicherungsamt durchschnittlich für den ganzen Bezirk jedes Versicherungsamtes festgesetzt werden. Ausnahmen sind zulässig, wenn die Lohnhöhe zwischen Stadt und Land oder in einzelnen Ortschaften erhebliche Abweichungen aufweist. Der Bundesrat hat im »Zentralblatt« für das Deutsche Reich gleichzeitig im ganzen Reich die Ortslöhne zu veröffentlichen. Bis dahin bleiben die gegenwärtig geltenden Löhne maßgebend. Die Festsetzung des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes erfolgt ebenfalls vom Oberversicherungsamt nach Anhörung der Versicherungsämter, und zwar getrennt für Frauen und Männer, für Versicherte unter 16 Jahren, für solche von 16 bis 21 Jahren und für die, welche über 21 Jahre alt sind. Die Versicherten unter 16 Jahren können noch wiederum in junge Leute und Kinder geschieden werden. Bei den landwirtschaftlichen Arbeitern ist auch eine Trennung nach Land und Forstwirtschaft zulässig.

Eine allgemeine öffentliche Sammlung für die ausgesperrten Tabakarbeiter schreibt die Generalkommission der Gewerkschaften in der neuesten Nummer des Korrespondenzblattes aus. An die Vorstände der Gewerkschaften und örtlichen Gewerkschaftskartelle ergeht damit die Bitte, sofort die nötigen Maßnahmen für diese Sammlungen an ihrem Orte zu zentralisieren. Sammelstellen werden von der Generalkommission nicht versandt; soweit solche erforderlich sind, müssen diese von den Gewerkschaftskartellen beschafft werden. Gemäß dem Beschlusse des Kölner Gewerkschaftskongresses sind alle für die Tabakarbeiter aufzubringen Gelder nur an die Generalkommission abzuführen.

Aus dem Auslande.
Spanien. Vom 15. bis 18. Oktober fand in Barcelona der erste spanische buchgewerbliche Kongreß statt, zu welchem 600 Firmen ihre Beteiligung in Aussicht gestellt und für die Sache selbst ansehnliche Beiträge gestiftet hatten. Es soll angestrebt werden, einen spanischen Buchdruckerverein zu gründen, desgleichen eine Vereinigung der Steindruckereibesitzer, der photomechanischen Anstalten, der Buchbinder und der Verleger, und auf einem zweiten Kongreß soll ein Buchgewerbeverband ins Leben gerufen werden.

Wirtschaftliche Monatsschau.
Berlin, den 4. November 1911.

Günstige Jahresberichte vom Produktionsgebiet: Elektroindustrie; Montanergewerbe; Werkzeugmaschinenfabrikation. Kapitalistische Opposition gegen Monopole. Neuer Prozeß gegen den amerikanischen Stahltrust. Preussische Schatzanweisungen in Amerika.

Die ruhigere Stimmung, die trotz Tripolis im allgemeinen wieder an den Börsen vorwiegt, läßt die Aufmerksamkeit mehr und mehr zu den normalen Wirtschaftsvorgängen zurückkehren, die unter dem Eindruck der jüngsten sensationellen Zwischenfälle stärker als sonst in den Hintergrund traten. Bemerkenswert sind vor allem eine Reihe von industriellen Jahresberichten, die mit dem 30. Juni abschließen und in den letzten Wochen der Öffentlichkeit übergeben wurden. Sie betreffen zwar eine nennmehr bereits abgeschlossene Zeit, aber sie eröffnen vielfach zugleich Ausblicke auf die Gegenwart und nächste Zukunft und im großen und ganzen lassen sie, falls nicht ganz unvorhergesehene Störungen von neuem die Oberhand gewinnen, für die Produktion eine weitere Fortdauer der bisher günstigen oder doch nicht ungünstigen Konjunktur erwarten.

So konstatiert die große A. E. G. für die beiden ersten Monate des (ab 1. Juli) laufenden Geschäftsjahres, daß die Höhe der Umsätze zuzüglich der vorliegenden Aufträge die entsprechende glänzende Ziffer des Vorjahres noch »sehr beträchtlich« übersteigt. Dabei wuchs diese Ziffer bereits zwischen 1909 und 1910 von 214 Millionen Mark auf 247 Millionen Mark. Aus dem abgelaufenen Geschäftsjahr hat die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, nach Abzug von Steuern, Unkosten, Obligationenzinsen und Abschreibungen, noch 22140729 Mk. auszuschütten, gegen nur 18425225 Mk. im Vorjahre. Diese Summe stammt ausschließlich aus dem Fabrikations- und Warenverkaufsgeschäft her, hat also mit Nebengewinnen aus Finanzierungsgeschäften nichts zu tun. Außer den nach den bisherigen Geplanteheiten bemessenen Abschreibungen sollen

2373533 Mk. zur Erhöhung der Reserven und 750000 Mk. als Rücklage für den Erweiterungsbau des Geschäftshauses Verwendung finden; weiter erfährt der Reservefonds eine Verstärkung um nicht weniger wie 8626446 Mk. aus der B-gebung der den Aktionären angebotenen 10 Millionen Mark neuen Aktien. Auf diese Weise gelangt man schließlich zu dem Ergebnisse: abermals 14 Proz. Dividende auf 100 Millionen Mark alter Aktien zu verteilen und 7 Proz. auf die 30 Millionen Mark neuer Aktien, weil diese nur vom 1. Januar ab, also auf ein halbes Jahr, dividendenberechtigt sind. Die A. E. G. steht nennmehr nach Kapitals- und Dividendenhöhe an der Spitze aller großen Elektrizitätsunternehmungen Deutschlands. Allerdings hat der Erwerb der Lahmeyerwerke in Frankfurt a. M. und der Aktienmehrheit der Felten & Guilleaumewerke in Mülheim am Rhein anscheinlich einige, immerhin fühlbare Uebergangsschwierigkeiten für die A. E. G. bereitet. Das Frankfurter Werk galt als ziemlich heruntergewirtschaftet und aufbesserungsbedürftig; ferner soll anfangs eine starke Antipathie der süddeutschen Kundschaft zu überwinden gewesen sein. Ueber solche Zwirnsfäden kommt jedoch eine monopolistische Uebermacht, wie sie in der Hand der A. E. G. vereinigt ist, jederzeit ohne besonders großen Kräfte- und Zeitaufwand hinweg.

Greifen wir auf ein anderes, aber ähnlich bedeutsames Produktionsgebiet hinüber, so können wir vielleicht den Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation als Stichprobe wählen. Der Jahresbericht erwähnt hier selber, daß vielfache bauliche Veränderungen, also ganz vorübergehende und abnorme Faktoren, den Betrieb in der Gußstahlfabrik wesentlich gestört und ungünstig beeinflusst hätten. Auch die Abschreibungen sind diesmal höher denn je angesetzt (1907/08: 1,33 Millionen Mark, 1908/09: 1,64 Millionen Mark, 1909/10: 1,79 und 1910/11 über 1,82 Millionen Mark). Trotzdem bleibt ein Reingewinn von 4424012 Mk., gegen 3 63 Millionen Mark im Jahre 1909/10, und 3,59 Millionen Mark im Jahre 1908/09. Es sollen diesmal auf 30 Millionen Mark Kapital 12 1/2 Prozent Dividende verteilt werden, gegen 25,2 Millionen Mark Kapital und 12 Proz. Dividende in den beiden Vorjahren.

Ein guter Gradmesser des allgemeinen Produktionsniveaus ist ferner gewöhnlich die Beschäftigung der Werkzeugmaschinenfabrikation. Diese wurde kürzlich in der Vorstandssitzung des Vereins deutscher Werkzeugmaschinenfabriken als ausreichend bezeichnet, wenn man auch bessere Preise und günstigere Lieferungsbedingungen wünsche: »Der Beschäftigungsgrad kann für längere Zeit als befriedigend bezeichnet werden. Wenn auch in den letzten Monaten infolge der politischen Unsicherheit die Anfragen nur in bescheidenem Maße eingelaufen sind, sei doch zu hoffen, daß nach Beseitigung der politischen Schwierigkeiten das Geschäft im In- und Auslande wieder ein regeres werden wird.« — Eine Rückkehr ruhiger politischer Verhältnisse würde wahrscheinlich noch auf geraume Zeit hinaus unserer gesamten Produktion eine stetige Aufwärtsbewegung sichern.

Die kapitalistischen Organisationen zur Ausschaltung und Eindämmung der Konkurrenz — mögen sie sich nun Kartell, Trust, Syndikat, Verband oder sonstwie nennen — entsprechen zwar einem unaufhaltsamen Zuge unserer Zeit. Aber sie sind vielfach über das unruhige Stadium des tastenden Experimentierens noch nicht hinausgelangt. Ferner wecken sie jederzeit eine Menge von kapitalistischen Gegeninteressen, vor allem bei den wirklich oder auch nur vermeintlich überbeurteilten, meist ebenfalls kapitalistischen Abnehmern der Verbandserzeugnisse. Die allgemeine öffentliche Meinung steht ihnen infolgedessen immer in ihren Anschauungen gespalten gegenüber und zeitweilig brechen offene Feindseligkeiten gegen die drohenden oder bereits tatsächlich eingetretenen »Monopole« hervor: die Gesetzgebung, die staatliche Verwaltung, die Gerichte werden für Gegenmaßnahmen in Anspruch genommen. Am regsamsten, freilich wohl kaum am wirksamsten beteiligt sich augenblicklich die aus allen möglichen Wirtschaftsschichten emporgestiegene Opposition in den Vereinigten Staaten von Amerika. Ein gerichtlicher Auflösungsprozeß folgt drüben dem andern und nennmehr ist die Reihe sogar an den Trust aller Truste, an die »Vereinigten Staaten Stahl-Korporation« gekommen. Beim Bundesgericht in Trenton ist am 26. Oktober von der Washingtoner Regierung ein Antrag eingereicht worden, der die Auflösung des Stahltrusts und einiger seiner Untergesellschaften verlangt.

Politische Berechnungen spielen natürlich, wie immer bei ähnlichen Anlässen in Amerika, eine Rolle bei diesem neuen Angriff mit. Daß er jedoch bei den Nächstdeteiligten nicht auf die leichte Achsel genommen wird, zeigt der plötzliche Sturz der Stahltruststammaktien in New York. Am Donnerstag, den 26. Oktober war vorübergehend noch ein Höchstkurs von 60 Proz. notiert worden, am nächsten Tage bewegten sich die Notierungen zwischen 55 und 50 Proz. Doch die günstigeren Anfangsbewertungen waren bereits der Niederschlag einer sehr verlustreichen Börsenperiode, denn zu Beginn des Februar erzielte man für Steel Commons noch 82 1/2 Proz., noch Anfangs August etwas über 79 Prozent. Dann kam der erste große Rückschlag, bis zunächst am 25. September der tiefste Kurs mit 51 1/2 Proz. eintrat. Jetzt kann diese Untergrenze

jeden Augenblick noch überholt werden. Nach den Berichten der letzten amtlichen Trustuntersuchungen setzt sich die Korporation, deren meistgenannter technisch-kommerzieller Leiter Herr Gary, deren großer finanzieller Hintermann Morgan, bzw. seine Bankengruppe, aus 12 großen und 40 bis 50 kleineren Gesellschaften zusammen. Sie betreibt unter anderem 127 Hochöfen, 234 Offenherdwerke, 24 Gießereien, 56 Röhrenwerke, 19 Baustahlabteilungs- und ebenso Koksöfen, Zementwerke. Ferner besitzt sie Eisenbahnen und Frachtschifflinien, letztere vor allem über die großen Seen, an die Riesenzuglader im jungen, menschenleeren Norden mit den Verarbeitungsstätten in den bevölkerten und alterbesiedelten, mehr städtischen Distrikten in Verbindung zu bringen. Die Kohlen- und Erzfelder erreichen etwa 60000 Acres. Das Aktienkapital des Trusts beläuft sich auf 868 Millionen Dollar (über 3 1/2 Milliarden Mark), und an Bonds (Schuldverschreibungen) sind rund 480 Millionen Dollar, also abemals an 2 Milliarden Mark, ausgegeben. Der Trust nimmt in der Union zwar nicht jene Monopolstellung ein, von der man gewöhnlich spricht. Er hat neuerdings sogar an Terrain gegenüber dem energisch sich führenden Außenseitertum verloren. Dennoch stellt er mit seinen etwa 45 Prozent der Gesamtroheisenproduktion der Union, mit seinen etwa 56 Proz. der Stahlgewinnung und etwa 57 Proz. der Schienenherzeugung die monströseste Kapitalszusammenhäufung dar, die man sich denken kann. Auf den eingeleiteten Prozeß sind daher die Augen nicht nur Amerikas, sondern der ganzen Welt gerichtet. Der Prozeß kann unter Umständen jahrelang dauern. Bis dahin kann der heutige, scharf trustsfeindliche Wind längst wieder umgeschlagen sein. Auch das Ergebnis des Prozesses selber bestätigt vielleicht das Sprichwort vom dem kreißenden Berg. Andernfalls müßte die Trustleistung zu einer der schwierigsten und lebensgefährlichsten Operationen scheitern, wenn sie die Wiederanflutung in Einzelbetriebe ernstlich vollziehen wollte. Was im Falle Rockefeller's nicht allzu schwierig war, weil es sich hier mehr um ein loses Konglomerat ziemlich gleichförmiger Unternehmungen und Beteiligungen handelte, erscheint beim Stahltrust fast undenkbar, denn er hat auf der einen Seite große Werke fast vollständig verschmolzen, auf der anderen Seite Betriebe einseitig spezialisiert, so daß sie heute lediglich als unselbständige Glieder eines vielseitigen Mechanismus dastehen. Indes wird die Suppe von den Bundesgerichten kaum so heiß gegessen werden, wie sie jetzt der Bundesanwalt anscheinend zu kochen sich bemüht.

Daß das ganze amerikanische Wirtschaftsleben im Augenblick ziemlich leblos ist, zeigte übrigens noch eine andere, vielbeachtete Erscheinung. 80 Mill. Mark preußischer Schatzscheine wurden in New York untergebracht. Eine solche Summe amerikanischen Geldes stellt sich also, weil gegenwärtig jenseits des Ozeans entbehrlicher als bei uns, dem deutschen Geldmarkt zur Verfügung, und zwar bis zum April nächsten Jahres, da die Scheine eine sechsmonatliche Laufzeit haben. Für Deutschland hat das besonders wegen des schwierigen Jahresabschlusses eine gewisse Bedeutung.

Nach Max Schippels
Wirtschaftlicher Rundschau.

Die Zollpolitik, der Hansabund und die Arbeiterschaft.

II.

Die erste Folge des Austritts des Zentralverbandes deutscher Industrieller aus dem Hansabund war eine Kundgebung des Bundes der Industriellen, in dem die Verbände der Fertigungsindustrie zentralisiert sind, an den Hansabund, in der gesagt wurde, daß das von diesem erstrebte Zusammenwirken von Handel, Industrie und Gewerbe zur Erringung größeren Einflusses auf die Gesetzgebung eine Notwendigkeit sei. Dem Präsidium des Hansabundes wird in der Kundgebung das Vertrauen der im Bunde der Industriellen vereinigten Industrien ausgesprochen.

Eine interessante Scheidung der Geister, die sehr bald weitere Kreise zog. Mitte Juli 1911 wurde bekannt, daß der Bergische Fabrikantenverein, die Organisation der Solinger Stahlwarenfabrikanten, aus dem Zentralverbande ausgetreten war mit der Begründung, daß er die Haltung des Zentralverbandes zum Hansabund, dem er sein volles Vertrauen schenke, nicht billigen könne. Und Ende Juli wurde bekannt, daß die Industriellen von Hessen und Hessen-Nassau sich anschickten, einen Verband mitrheinischer Industrieller ins Leben zu rufen; ein Rundschreiben mit Beitrittsaufforderung enthielt eine deutliche Absage an den Zentralverband. Die Schwerindustrie verließ selbstverständlich im Zentralverband deutscher Industrieller.

Die Wege, die der Zentralverband zu wandeln beabsichtigt, wurden von Dr. Neumann, einem Beamten des Hansabundes, in einer Versammlung der Ortsgruppe Dortmund dargestellt. Dr. Neumann sagte u. a.: »Eisenzölle für Kornzölle — das war das Handelsgeschäft, welches der Zentralverband deutscher Industrieller 1878 mit den Agrariern abschloß und jetzt zu erneuern sich anschickt. Daß diese Zölle aber unter allen Umständen für die nationale Arbeit günstig wirkten, muß entschieden

bestritten werden. Für die Eisenproduzenten bedeuten die Eisenzölle natürlich einen Vorteil — für die Eisenverarbeiter und Verbraucher dagegen einen ebenso großen Nachteil. Ja es muß direkt als Schädigung der nationalen Arbeit bezeichnet werden, wenn der Stahlwerksverband das deutsche Eisen an ausländische Brückenbau-Anstalten, Schiffswerften, Maschinen-Fabriken, Gießereien u. s. w. unter dem Schutz der Zölle billiger liefert, als den deutschen Unternehmungen dieser Industriezweige. Ähnlich liegt es mit den Schutzzöllen auf die landwirtschaftlichen Erzeugnisse. . . . Sie bedeuten eine Schraube ohne Ende, welche einzig und allein im Interesse der größeren Grundbesitzer unter den Landwirten liegt.

Wir sehen, daß sich die Verarbeitungsindustrie, deren Stimmung der Redner getroffen haben dürfte, von zwei Seiten bedrängt fühlt: auf der einen Seite empfindet sie die hohen Agrarzölle unangenehm, da sie die Arbeiterschaft zu immer höheren Lohnforderungen drängt, und auf der anderen Seite fühlt sie sich durch die Monopolpreise ausgewuchert, die ihr von der straff kartellierten Rohstoffindustrie auferlegt werden.

Der Zentralverband bestritt sofort energisch, daß er Absichten hege, wie sie von Dr. Neumann angedeutet worden sind. In einer Erklärung, die Ende Juli bekannt wurde, behauptete die Leitung des Zentralverbandes, sie sei nicht gewillt, in eine weitere Erhöhung der Lebensmittelzölle einzuwilligen.

Herr Bueck dagegen forderte Anfang September im »Tag« ganz unverblümt einen viel »höheren Generaltarif«. Und wer die engen Beziehungen dieses Herrn zur Schwerindustrie kennt, der weiß, daß er nichts schreibt, was nicht im Interesse und in den Absichten dieser Industriellengruppe bzw. des Zentralverbandes läge. In demselben Artikel hebt Bueck auch hervor, daß die Zölle »besonders im Interesse zahlreicher Fertigungsindustrien« zu erhöhen seien. Damit soll anscheinend die Fertigungsindustrie geködert und in der Erhöhung der Lebensmittelzölle, die der »viel höhere Generaltarif« selbstverständlich mit sich bringt, ausgehöhlt werden.

Auch von konservativer Seite wird fleißig am Zustandekommen eines Paktes zwischen der schweren Industrie und dem Agrarierium gearbeitet. Schon im Juli schrieb die Kreuzzeitung, daß Zentrum, Konservative und Altnationalliberale zu einer Verständigung in wirtschaftspolitischen Fragen kommen müssen. Nach höheren Textil- und Metallzöllen schreiben die Kartelle, nach einem Milchzoll und erhöhten Zöllen auf Käse, Obst und Südfrüchte die Großagrarien. Mit vereinter Kraft hofft man beides zu erreichen, eine schmutzige Hand soll die andere waschen, ohne Rücksicht auf die Notlage der großen Massen des arbeitenden Volkes.

Das Hansabund hat also starke Gegner. Ist es ihm mit seinem Kampf gegen die Hochschutzzöllner im industriellen und agrarischen Lager ernst, dann bleibt ihm im bevorstehenden Wahlkampfe weder Kraft noch Zeit zum Kampfe gegen links Selbstverständlich denkt er ebensowenig an eine Unterstützung der Sozialdemokratie. Das ist auch deshalb ausgeschlossen, weil die Forderungen beider Gruppen auf wirtschaftspolitischem Gebiet ganz verschieden gerichtet sind. Im Hansabund redet man diplomatisch nur vom Kampfe gegen die Ueberagrarien, man will also, wenn nicht ausschließlich, so doch in erster Linie, die politischen Kreise treffen, die einer Erhöhung der Agrarzölle das Wort reden. Die Arbeiterklasse dagegen wird die allgemeine Erregung über die Teuerung benutzen müssen, um energisch gegen das ganze System der Zölle, Grenzsperrn und Einfuhrscheine Sturm zu laufen.

Aber noch in einer anderen Frage trennen sich die Wege des Hansabundes und der Sozialdemokratie, der politischen Vertretung der Arbeiterklasse, weit voneinander. Wir meinen die für die Arbeiter außerordentlich wichtigen Fragen der Sozialpolitik und des Koalitionsrechts. Der Hansabund hat letzthin eine vollkommen falsche, ja geradezu gefälschte Aufstellung über die sozialen Lasten veröffentlicht, die angeblich auf der Industrie ruhen. Das kann nur den Zweck haben, eine Kampagne des Hansabundes gegen den Ausbau unserer sozialen Gesetzgebung einzuleiten. Des weiteren ist bekannt, daß die Leute im Hansabunde gegen einen erweiterten Arbeitswillensschutz gar nichts einzuwenden haben. In seiner Stellungnahme zu diesen Fragen steht der Bund mit dem Zentralverband auf einem Boden; unheimlich vertritt er seine Unternehmerinteressen.

Er wehrt sich denn auch energisch gegen den Verdacht eines Liebesbügels mit der Sozialdemokratie, den seine Gegner ausgesprochen haben, um ihn in den Kreisen der Industriellen zu diskreditieren.

Wie die politischen Interessen der agrarischen Schutzöllner durch die Konservativen und die maßgebenden Kreise des Zentrums, der Großindustrie durch die Nationalliberalen vertreten werden, so finden die Bestrebungen der im Hansabund vereinigten Industriellen und Handelsleute in der Fortschrittlichen Volkspartei ihren politischen Ausdruck. Gleich den Führern des Hansabundes selbst haben sich die namhaftesten Vertreter dieser Partei gegen eine weitere Erhöhung der Zölle ausgesprochen. Aber auch sie hüten sich — gleichfalls in Übereinstimmung mit den Hansabündern — gegen das ganze System der agrarisch-großindustriellen Volksauswucherung das Wort zu erheben.

Die Arbeiterschaft und ihre politische Vertretung, die Sozialdemokratie, hat in den ersten Kämpfen, die ihr bevorstehen, von keiner Seite wirksame Unterstützung zu erwarten; ihre Ziele und Wünsche laufen den Absichten aller Gruppen und Parteien, von denen wir hier sprechen, direkt entgegen. Sie kann darum im Wahlkampfe keiner Partei ihre uneingeschränkte Unterstützung zusagen, sie muß vielmehr bei Stichwahlen jeden einzelnen Kandidaten genau unter die Lupe nehmen.

Für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist es von Wichtigkeit, das zu wissen. Sie haben das denkbar größte Interesse an der Abtragung der Zollmauern, dem Ausbau der Sozialpolitik und der Sicherung des Koalitionsrechts. Sie werden diese Interessen nur vertreten sehen durch die Sozialdemokraten. R. S., G.

Die Lebensmittelteuerung.

Die Gewerkschaften sind fortwährend bestrebt, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse zu heben. Aber seit einer ganzen Reihe von Jahren haben wir die Tatsache zu verzeichnen, daß die errungenen Lohnerhöhungen wieder aufgehothen werden durch die Erhöhung der Lebensmittelpreise, sodaß der Kampf um die Lebenshaltung mit jedem Tage wieder notwendig wird. — Heute leben wir nun in einer Zeit der unerhörtesten Teuerung. Und wenn auch nicht zu leugnen ist, daß die große Trockenheit des Sommers Mitteleuropas schwer heimgesucht hat, so steht doch fest, daß in Deutschland die Lebensmittelpreise durch eine ganze Reihe von Maßnahmen künstlich in die Höhe getrieben sind, was im kommenden Winter zu ungeheuerlichen Zuständen führen wird. Nicht eine »Prüfung des Himmels« hat die Teuerung in so ungewöhnlichem Maße verursacht, sondern unsere agrarische »bewährte Wirtschaftspolitik«. Und wenn heute in Europa die Ernte schlecht ausgefallen ist, so gibt es doch noch gewaltige Ländereien, die gute Ernten haben. Wir besitzen die modernen Verkehrsmittel, Dampfschiffe, Eisenbahnen, und in ganz kurzer Zeit könnten Nahrungsmittel in genügender Menge herbeigeschafft werden, wenn — ja wenn in Deutschland die Junker nicht die Wirtschaftspolitik machten!

Deutschland ist heute ein Industriestaat geworden. Auf demselben Raume, auf dem in den siebziger Jahren 40 Millionen Menschen wohnten, leben heute 65 Millionen. Wo einst Getreidefelder wogten, da rauchen heute die Fabrikschornsteine oder stehen Molkereimaschinen. Die Landwirtschaft wird von der Industrie immer mehr verdrängt, wir sind geradezu auf das Ausland, auf die Agrarstaaten, die Viehzucht und Ackerbau noch im großen Maße betreiben, angewiesen, wenn die Massen der arbeitenden Bevölkerung nicht der Not in die Arme getrieben werden sollen.

Was geschieht aber heute? Heute wird die Einfuhr von ausländischem Getreide nicht nur erschwert durch hohe Zölle, sondern die Großgrundbesitzer, die deutsches Getreide nach dem Ausland führen, werden noch aus der Staatskasse prämiert! Das wird durch das skandalöse System der Einfuhrscheine ermöglicht, das gerade heute wie eine blutige Verhöhnung des Volkes wirken muß. Ihr Wesen besteht in folgendem: Der Agrarier, der Getreide nach dem Auslande führt, bekommt von der Zollbehörde einen Schein über den Betrag des Zolles, der auf dem Getreide lastet, also für die Tonne Weizen 55 Mark oder Roggen 50 Mark. Wenn der Exporteur also 100 Tonnen Weizen in Danzig ausführt, erhält er einen Einfuhrschein über 5500 Mark ausgestellt. Diesen Schein gibt er nun weiter an die Großkaufleute in Hamburg, und er bekommt dafür das bare Geld, also die Summe von 5500 Mark. Die Kaufleute bezahlen nun wieder den Zoll für Kaffee und Petroleum mit diesen Scheinen.

Dieses System hat zur Folge, daß man aus Deutschland soviel Getreide ausführt, bis ein Mangel entsteht; der Preis steigt dann bis zur Höhe des Weltmarktpreises und es kommt noch die Höhe des Zolles hinzu. So kommt es, daß Deutschland stets die höchsten Getreidepreise hat und eine fortwährende Knappheit an Getreide und Mehl noch obendrein vorhanden ist. So war im Jahre 1908 die deutsche Getreideernte eine Rekorderte, aber die Preise sanken nicht, denn unsere Junker führten soviel Getreide nach dem Auslande aus, daß das verringerte Angebot den Preis über den Weltmarktpreis hinaus und um den vollen Betrag des Zolles in die Höhe trieb. Und all das ausgeführte Getreide ist von bester Qualität und ist stets um 50 Mark billiger als bei uns. Indessen ist das eine schöne Illustration des Patriotismus derer, die oft der Arbeiterklasse Vaterlandslosigkeit und Internationalismus vorwerfen. Das »Berliner Tageblatt« schrieb am 4. April dieses Jahres: »Neuerdings ist aber das Angebot von deutschem Roggen in Rußland so groß geworden, und der Preis für deutschen Roggen ist infolge der Zollprämien so niedrig, daß es für die Russen lohnt, mit dem deutschen Roggen ihre Schweine zu füttern! Der deutsche Roggen, der im Inlande ca. 145 bis 150 % kostet, steigt sich nach Abzug der Zollvergütung in Höhe von 50 Mk. und unter Berücksichtigung der Spesen und der billigen Exporttarife auf ca. 97 Mk. Wenn man nun bedenkt, daß russische Futtermittel auf dem Weltmarkte 112 Mk. kostet, so ist es klar, daß die Verfütterung

den deutschen Roggens sich für den russischen immer noch billiger stellt als die Verfüllung der russischen Futtermasse!

Obwohl Deutschland selbst in dem besten Erntejahr auf fremde Getreide angewiesen ist, verringert sich mit jedem Jahr die Einfuhr und steigt die Ausfuhr. Deutschland steht an der Spitze der Getreideexportländer. So betrug die Ausfuhr des Roggens im Jahre 1907 105200 Tonnen und stieg innerhalb der letzten drei Jahre auf 825046 Tonnen; und bei Weizen betrug die Ausfuhr im gleichen Zeitraum von 239397 Tonnen auf 442697 Tonnen. Gewaltige Summen gehen die Agrarier aus den Taschen der arbeitenden Massen, denen auf diese Art die Lebenshaltung verteuert wird. 1907 betrug die Ernte an Brotpotential 236000 Tonnen. Diese Menge würde durch den Zoll von 607 Mill. Mark verteuert und von dieser Summe gehen 502 Mill. Mark in den Beutel der Großgrundbesitzer. Und in der Zeit vom 1. August bis zum 10. September dieses Jahres sind insgesamt 2200485 Mark an Ausfuhrprämien an die Brotverbreiter gezahlt worden. Das ist ein unerhörtes Verbrechen! Die Volksmassen scheinen nur da zu sein, um der Junkerkaste die Taschen zu füllen. Was kümmert letztere die Volkswohlfahrt, das Volkswohl? Wenn nur ihr Beutel sich füllt, mag das Volk auch von den Furien des Hungers gepeinigt werden. Aus der Kriminalstatistik können wir ersehen, daß durch hohe Getreidepreise die Zahl der Unheillichen vermehrt wird, d. e. auf die Bahn des Verbrechens gedrängt werden. Es ist deshalb höchste Zeit, daß ein solches System beseitigt wird und die Wohlfahrt des Volkes maßgebend ist für unsere Wirtschaftspolitik.

Wie das Brot durch diese agrarische Wucherpolitik künstlich verteuert wird, so geschieht es auch mit dem Fleisch. Bereits im Jahre 1905 hatten wir eine Fleischnot zu leiden. Die Regierung verteilte diese Tatsache damit abzufertigen, daß die hohen Fleischpreise eine vorübergehende Erscheinung seien. Trotzdem haben wir ein fortwährendes Steigen der Preise zu verzeichnen. Die deutschen Viehzüchter sind natürlich nicht imstande, den Bedarf an Fleisch einigermaßen zu decken. Aber unsere Grenzen sind geradezu hermetisch verschlossen. Die Fleischpreise sind noch höher als die Getreidepreise. Hierzu kommt, daß das Fleischbeschaugesetz an die Einfuhr fremden Fleisches Bedingungen stellt, die in den meisten Fällen gar nicht durchgeführt werden können. So wird nach der Schweiz und nach England Fleisch im gefrorenen Zustand geliefert; solches Fleisch aber nach Deutschland einzuführen ist unmöglich, weil der Zoll es so sehr verteuert, daß es kein Mensch mehr kauft. Dabei steht aber fest, daß man dieses Fleisch in den genannten Ländern sehr gern verbraucht.

Bekanntlich wird von diesen agrarischen Maßnahmen die Einfuhr des für die Arbeiter so wichtigen Schweinefleisches verhindert. Und hier gebraucht die Phrase: das deutsche, das nationale Schwein muß vor der Seuche geschützt werden, die sonst ins Ausland eingeschleppt wird. Wie ist es aber dieser fadenscheinigen Begründung in Wahrheit bestellt? Gerade in Ostelbien, wo die größten Schweineherden sitzen, haben die Seuchen einen unglaublichen Umfang. Und in Süddeutschland hat man wiederholt darauf hingewiesen, daß die Seuchen von Norden und Osten her eingeschleppt werden.

Am 30. Juni zählte man in Deutschland 20793 mit Maul- und Klauenseuche behaftete Gehörte, dem Monat Mai gegenüber eine Zunahme von 20 Prozent. So grade das Ausland hätte allen Grund, seine Grenzen zu schützen gegen das verseuchte deutsche Schweinevieh.

So stehen wir denn vor der Tatsache, daß der Fleischkonsum mit jedem Tage zurückgeht. Es wird den Arbeiter fast zur Unmöglichkeit, ein Stück deutsches Fleisch zu kaufen. Schon 1909 hatte man nach dem Reichsarbeitsblatt festgestellt, daß der Verbrauch des Fleisches einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie um 20 Pfund jährlich vermindert ist. Die amtliche Statistik des Leipziger Schlachthaus konstatierte einen Rückgang des Fleischkonsums um 68,42 Kilogramm im Jahre 1908 auf 64,72 Kilogramm 1911 auf den Kopf der Bevölkerung; also um 8 Pfund ist innerhalb dreier Jahre der Konsum gesunken! Dem gegenüber steht ein ständiges Ansteigen des Verbrauchs an Pferdefleisch. Im üblichen wird es sich bald zeigen, daß die Preise noch weiter in die Höhe gehen. Die Futternot zwingt die kleineren Viehzüchter, ihren Bestand zu verkleinern und zeitiger schlachten zu lassen, was zur Folge hat, daß die Fleischnot umso schwerer auf die Arbeiterklasse drückt.

Für die Agrarier sind jetzt goldene Zeiten; hohe Gewinne fließen in ihre Taschen. Aus der Grenzstatistik allein betragen ihre Einnahmen nach Prof. Dr. 400 Millionen Mark. Das Volk aber leidet an Hunger, an mangelhafter Ernährung; seine Gesundheit, seine Lebenskraft wird durch diese Wucherpolitik untergraben. Die Arbeiter in der Stadt München, um nur ein Beispiel zu führen, 60 Proz. der Kinder unterernährt. Deshalb ist es für die Arbeiter heiligste Pflicht, diese Wucherpolitik zu bekämpfen. Die bevorstehenden Reichstagswahlen bieten die wirksamste Gelegenheit dazu. Möge sich die Arbeiterklasse klar bewußt werden, wo die Feinde des Volkes stehen. sm.

Adressen - Aenderungen.

- 2. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunfts-erteiler (siehe Graph. Presse Nr. 36 und 42)
- Mühlhausen i. Thür.: Otto Miethe, Grünstr. 82.
- Schweidnitz i. Schl.: Georg Lormes, Burgstr. 19.
- Wiesbaden: Adam Paul, Loreley Ring 8. Hirs, p. l.
- Rußland, Petersburg: Fritz Höhne, St. Peters- burg, Matwejewskaja N. 11, Quartier 53.
- Schweden, Formsteker: Johann Fischer, Göte- borg i. Schweden, Nordhemsgatan 33.

 **Allgemeines.**

Teil für die
gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs

Glossen zur Bewegung.

III.

Der Schutzverband hatte kein Glück mit seiner Winselei um die Hilfe der ihm nicht angehörenden Prinzipale. Eine der Dresdener Firmen, die am 28. Oktober die Gehülfen kündigten, die Kunstanstalt Saxonia, hat sich mit ihrer Arbeiterschaft schon wieder geeinigt! Die Kündigungen waren auf ein Mißverständnis zurückzuführen, das durch die vom Hilfspe so angestrebt Revision eines Firmentarifs hervorgerufen worden war. Die Firma erklärte, daß ihre Kündigungen in keinerlei Verbindung mit denen des Schutzverbandes stehen und daß es ein Zufall war, wenn sie mit denen der anderen Dresdener Firmen, die sich nachträglich den Maßnahmen des Schutzverbandes angeschlossen, zeitlich zusammenfielen. Die Firma, die 20 Steindruckere beschäftigte, schied also für die weitere Bewegung aus.

Dafür erhielt der Schutzverband am 4. November Sukkurs durch die beiden Dresdener Firmen Johannes Päßler und Kunstansalt Merkur, deren jede — ganze 4 Steindruckere beschäftigt! Man wollte aber nur je 2 kündigen und die anderen behalten; diese erklärten sich jedoch mit den gekündigten Kollegen solidarisch. 20 Kollegen schieden also in Dresden aus der Bewegung aus, 8 neue kamen hinzu: so sieht die vom Schutzverbande mit großem Tamtam angekündigte weitere Ausdehnung der Bewegung aus! Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo!

Hinzu kommt, daß sich auch in Frankfurt a. M. drei bestreikte Firmen nach allgemeinen Lohnverhörungen und anderen befriedigenden Zugeständnissen mit uns geeinigt haben, so daß eine weitere beträchtliche Zahl von Kollegen für die Bewegung nicht mehr in Frage kommt. Statt der angekündigten größeren Ausdehnung bröckelt also in einer Stadt nach der andern eine Firma nach der andern von der Her- haufen des Schutzverbandes ab. Wir können mit dieser Wirkung seiner Scharfmachereien nur einverstanden sein.

In seiner Extranummer 21a schreibt das Schutzverbandsorgan: »Der Senefelderbund setzt alle Hebel in Bewegung, die stehengebliebenen resp. ausgegrenzten Gehülfen zur Niederlegung der Arbeit zu zwingen. In einzelnen Fällen zeigen sich die Gauverwalter des Senefelder bundes recht nobel, sie bieten recht hohe Beträge an.«

Daß wir die Rausreißer des Unternehmertums an ihre Pflicht, ihre kämpfenden Brüder nicht zu verraten, sondern Schulter an Schulter mit ihnen für die Hebung der Berufslage gegen das diese verhindernde Unternehmertum zu stehen, auf jede gesetzlich zulässige Weise ermahnen, wird uns kein Ehrenmann übel deuten können. Mit irgendwelchem Zwange hat diese Wirksamkeit aber rein gar nichts zu tun. Die Anwendung derartiger Zwangsmittel und Repressalien überlassen wir dem Schutzverbande für seine Streikbrecherwerbung. Beispiele haben wir schon mehrfach genannt.

Ebenso überlassen wir es ihm, durch Gratifikationen von 100 Mark und andere Geldzuwendungen à la Oera die verlassenenen Betriebe mit käuflichen Subjekten zu bevölkern, denn

die Gelder unserer Organisation sind nicht dazu da, um im Lumpenhandel angelegt zu werden und auf diesem Scha-hergebiete dem Schutzverbände durch die Begründung eines Konkurrenzgeschäftes das Leben noch saurer zu machen! Mit was man umgeht, das hängt einem an. Daher überlassen wir ihm neidlos dieses wenig saubere Betätigungsfeld.

In derselben Extranummer schreibt der Schleifstein des Schutzverbandes: »Grade aus dem Lager der nicht zum Schutzverband gehörenden Firmen hat der Senefelderbund allerlei Lebenswürdigkeiten zu hören bekommen, die ihm grade nicht angenehm in die Ohren geöbt haben werden.« Dann veröffentlicht er die ganze Ausbeute dieser »Lebenswürdigkeiten«, die neben einem Bandwurm von Stupiditäten des in der vorigen Nummer der »Gr. Pr.« gründlich beleuchteten »ehemaligen Gehülfen«, jetzigen »Prinzips« und »unparteiischen Beurteilers« Friedländer nur noch aus einer anonymen Sudelei besteht, die allem Anschein nach vom Schutzverbände bestellte Arbeit ist. Wir müssen es uns versagen, auf diesen mit: »Mehrere Arbeitgeber, die dem Schutzverbände nicht angehören« unterzeichneten Schrieb in unserm Blatte einzugehen, da wir dadurch den Leuten, die zu feige sind, für ihre verlogenen Verleumdungen auch mit ihrem Namen einzutreten; zu viel Ehre antun würden. Wir stecken anonyme Pöbeleien in den Oien und überlassen es dem Schutzverbandsorgan, auch in dieser Beziehung andere Wege zu gehen.

Der Schutzverband beziffert die in den von der Bewegung erfaßten Betrieben tätigen nicht-organisierten Gehülfen auf mindestens 1000, wie die von ihm veranstaltete Erhebung einwandfrei ergeben haben soll. Diese Erhebung ist genau so wenig einwandfrei wie die am 15. September bei den Verhandlungen vorgelegte Statistik, die Dr. Wagner auf Veranlassung des Schutzverbandsvorsitzenden wieder still zusammenpacken mußte, als ihre Unrichtigkeit in mehreren Fällen nachgewiesen worden war.

Die Zahl der Weiterarbeitenden ist genau so in die Höhe geschwindelt wie seiner Zeit die Zahl der von der Bewegung erfaßten Gehülfen, die nach der Erhebung des Schutzverbandes auf 6200 angegeben wurde, während sie in Wirklichkeit rund 4500 beträgt. Diesen stehen 844 Gehülfen gegenüber, die in 270 Betrieben stehen geblieben sind; von allen in den Sireik- und Aussperriebetrieben beschäftigt gewesen Lithographen und Steindruckere sind also nur 15,8 Proz. dem Schutzverbände treu geblieben, darunter zahlreiche schwache Kräfte oder alte Leute, die ihre Existenz zu vernichten glaubten, wenn sie sich an die Seite ihrer kämpfenden Kollegen stellten. Mit diesem Ergebnis seines durch Bedrohungen und Veraprechnungen betriebenen Streikbrecherfanges kann also der Schutzverband keinen Staat machen; tut er es dennoch, so ist daraus zu erkennen, wie bescheiden er geworden ist.

Auch mit seinem der Öffentlichkeit vorgeflunkerten Einfluß im Gewerbe sieht es recht windig aus, wie der Umfang der Bewegung lehrt. Nur 5223 Lithographen- und Steindruckergehilfen von rund 15800 in Deutschland vorhandenen waren in Schutzverbandsbetrieben beschäftigt, also nur rund ein Drittel! Und von rund 2600 deutschen Firmen des Lithographie- und Steindruckergewerbes gehören ihm nur etwa 260, also ungefähr ein Zehntel an! Seine Flunkerei und Renommiererei, als ob er das ganze Steindruckergewerbe wirtschaftlich beherrsche, ist also durch die Aussperrung als haltlose Aufschneidererei erwiesen worden!

Er hat von allen unsern Mitgliedern nur etwas mehr als ein Viertel in den Kampf zu treiben vermocht. Von 150 Mitgliedschaften unseres Verbandes wurden nur ein Drittel von der Bewegung erfaßt. Die daran nicht beteiligten zwei Drittel der Mitgliedschaften und fast drei Viertel der Mitglieder stehen voll und

ganz hinter den Kämpfenden und wirken mit an der Erringung eines vollen Erfolges.

In welcher verzweifelten Lage sich viele Schutzverbandsbetriebe befinden, zeigt ihr eifriges Bemühen, in der von der Bewegung nicht erfaßten Betrieben Streikarbeit unterzubringen. So schreibt die Firma Leunis & Chapmann in Hannover an eine nicht bestreikte oder aussperrende Druckerei unterm 1. November:

„Sie erhalten mitfolgend ein Etikett und wir bitten um Offerte in derselben Ausführung bei 250 000, 500 000, 1 Million, franko hier.

Sie wollen uns gleichzeitig mitteilen, in welcher kürzester Zeit Sie eine erste Teillsendung liefern könnten.

Die Farbe müßte etwas feuriger gehalten werden. Hochachtungsvoll . . .

Die stark im Druck befindliche Hannoversche Firma hatte mit ihrer Anfrage kein Glück, denn sie kam damit an den Unrechten. Die Anfrage war nämlich — vielleicht infolge eines Versehens des damit beauftragten Kontoristen — an die Druckerei unserer »Graphischen Presse« in Schkeuditz gerichtet, die den Millionenauftrag dankend ablehnte.

Um der Hannoverschen Firma bei der anderweitigen Unterbringung ihrer Riesenbestellung an die Hand zu gehen, teilen wir allen in Arbeit stehenden Kollegen mit, daß es sich um ein Etikett für *Ruma-Matschkafee* mit weißer Schrift auf mattrosa Grunde handelt, das als Warenzeichen des Kopf eines Jünglings, der aus einer Schale trinkt, aufweist.

Da zweifellos aus Unkenntnis, von wem eine Bestellung ausgeht, manche Streikarbeit von den in Arbeit stehenden Kollegen mitgemacht wird, ersuchen wir die Verwaltungen aller Streik- und Aussperrungsorte, uns kurze kennzeichnende Angaben über versandte Streikarbeit regelmäßig zugehen zu lassen. Durch ihre zweckdienliche Veröffentlichung hoffen wir dazu beitragen zu können, daß den Unternehmern, die ihre eigenen Betriebe ruhen lassen, auch der Star gestochen wird, ihre Arbeit anderweitig fertiggestellt zu bekommen, wobei wir wohl der tatkräftigen Unterstützung aller von der Bewegung nicht erfaßten Kollegen sicher sind.

Heute wollen wir neben der schon genannten Streikarbeit für Leunis & Chapman noch eine Streikarbeit hervorheben, die die Firma *Hugo Lensch* in Berlin an den Mann zu bringen versucht. Es handelt sich um zwölf Monatsblätter mit Tierbildern als Kalenderreklame für *Spratts Geflügelfutter und Hundekuchen*. Die Zeichenplatten sind auf Kornpapier gezeichnet; die Bilder sind in gelbgrauem Ton gehalten und von einem grünen Rande eingefasst. Die Auflage beträgt ca. 50 000, Besteller ist die Firma Littaß Erben in Berlin.

Unter dem Stichwort »Gewerkschaftliche Erziehung« leistet sich der Schutzverbandschleifstein die habnebüchene Verleumdung, daß viele Maschinenmeister vor dem Verlassen der Arbeit an der Maschine Veränderungen vorgenommen haben, wodurch leicht ein Bruch oder eine längere dauernde Unbrauchbarkeit der Maschine eintreten kann, wenn — man eben nicht von früher vorgekommenen vereinzelt Fällen her gewarnt und vorsichtig wäre.

Es dürfte dem Schutzverbände schwer fallen, für diese leichtfertigen Behauptungen auch den Wahrheitsbeweis anzutreten. Denn hätte er positives Beweismaterial, dann würde er sich keinen Augenblick besinnen, es zur Hafbarmachung der betreffenden Maschinenmeister anzuwenden.

Die Maschinenmeisterkollegen weisen die unverschämten Verleumdungen, die doch nur der Stimmungsmache gegen die Streikenden und Aussperrten dienen sollen, mit Entrüstung zurück und sie lehnen es entschieden ab, für etwaige Maschinendefekte, die nach dem Verlassen ihrer Arbeitsstelle nur durch minderwertige und ungeübte Rausreißer verschuldet sein können, verantwortlich gemacht zu werden.

Ebenso lehnt es die Organisation ab, daß die Minderwertigkeit des organisierten Streikbrechermaterials der »gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit« auf's Konto gesetzt wird, der diese Rausreißer des Unternehmertums nicht unterstanden.

In Nr. 21 des Schleifsteins befindet sich noch eine andere Notiz, die von uns ins rechte Licht gerückt werden muß. Unter der Stichmarke »Mitglieder des Senefelderbundes als Arbeitgeber« behauptet das Blatt, daß in einer württembergischen Firma, deren Inhaber dem Senefelderbund angehört, ein seit dem April dieses Jahres angelernter Drucker beschäftigt wird, der einen Mindestlohn von 16 50 Mk. bezieht. So sieht Theorie und Praxis der sozialdemokratischen Gewerkschaftler aus! bemerkend zu dieser Mitteilung geistvoll der Schutzverbandsredakteur.

Wir haben uns nach dem Fall erkundigt und erfahren, daß der junge Mann, eine äußerst schwache Kraft, nach seiner Auslehre nicht als Steindruckere, sondern als Hilfsarbeiter tätig war und als solcher den Lohn von 16 50 Mk. erhielt. *Jetzt hat ihn die Aussperrfirma Volk in Heilbronn gegen einen Wochentlohn von 20 Mk. als Rausreißer gewonnen!* Das sagt jedenfalls genug!

Mit welchen Schwindelmanövern man die Öffentlichkeit irrezuführen, die Nichtmitglieder des Schutzverbandes aufzuputzen und die Reihen der Gehilfenschaft zu zersplittern versucht, beweist ein vom Schutzverbände herführender Waschetzel, der die Runde durch die Unternehmerpresse machte. Darin heißt es u. a. »Inzwischen hat sich eine größere Anzahl von Nichtmitgliedern dem Vorgehen des Schutzverbandes angeschlossen.« Wie »groß« die »größere Anzahl« ist, haben wir schon weiter oben gesagt. Dann heißt es aber weiter:

»Im Senefelderbund sind außer den Lithographen und Steindruckern auch die mehr als 2400 Chemigraphen, zahlreiche Notendruckere, Lichtdruckere, Tapetendruckere, Photographen usw. organisiert, die meist unter Tarif stehen und ihre besonderen Ausstandskassen haben. Diese dürfen nicht angegriffen werden, weil diese Berufszweige für Strehigkeiten, die bei einer Tarifierneuerung ausbrechen können, ihr Pulver trocken halten müssen. In einer gemeinsamen Beratung des Senefelderbundes mit Vertretern des Buchdruckergehilfen-Verbandes sollen letztere ebenfalls die Annahme 53 stündiger Arbeitszeit empfohlen haben.«

Die Kunst des Verfassers dieser Notiz, des schon mehrfach glossierten R.-Mitarbeiters der Unternehmerfachpresse, sich das unglaublichste und unsinnigste Zeug aus den Fingern zu lutschen ist gerade phänomenal. Unsere Chemigraphen-, Lichtdrucker- usw. Kollegen werden sich freuen über den Begriff, den sich dieser Soldschreiber des Unternehmertums von der Solidarität, die alle in unserem Verbände vereinigten Branchen umfaßt, macht. Wir wollen ihm verraten, daß unser Verband eine Zentralorganisation mit durchaus zentraler Kassenführung ist, in der Einer für Alle und Alle für Einen stehen. Zu Eifersüchteleien zwischen den einzelnen Branchen ist in ihr kein Raum.

Daß eine gemeinsame Beratung des Senefelderbundes mit den Vertretern des Buchdruckerverbandes stattgefunden haben soll, ist ebenso glatt erfunden wie die Mitteilung, daß letztere die Annahme der 53 stündigen Arbeitszeit empfohlen hätten. Es genügt, den ganzen aus lauter Schwindeln zusammengesetzten Blödsinn tieferzuhängen, um diesem Schwindelgenie die ihm gebührende Einschätzung zu sichern.

Im Leitartikel zu Nr. 46 der »Gr. Pr.« behauptet wir uns mit einem Lithographen *Max Hoff* aus Fürth i. B., der jetzt die Firma Schlesinger in Berlin durch seine Rausreißertätigkeit beglückt und der vom Schutzverbände als Kronzeuge für die Behauptung benutzt worden war, das die Rechte unserer Mitglieder doch nicht so sicher ständen, wie von uns behauptet werde. Dieser *Max Hoff* sendet uns

unter Berufung auf das Preßgesetz eine Berichtigung, zu deren Veröffentlichung wir nicht verpflichtet sind, da sie den preßgesetzlichen Vorschriften rein gar nicht entspricht. Da wir aber gewöhnt sind, auch Leuten, die sich als Rausreißer des Unternehmertums gegen die Interessen ihrer um eine Hebung der Lage der gesamten Gehilfenschaft kämpfenden Kollegen vergehen, ohne weiteres Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und Irrtümer aus freien Stücken und ohne jeden preßgesetzlichen Zwang richtig zu stellen, nehmen wir gern von dem sachlichen Inhalt der Berichtigung Notiz.

Der *Max Hoff* teilt mit, daß er ordnungsgemäß Erkundigung über die Firma Schlesinger eingezogen habe und daß ihm daraufhin durch die Berliner Ortsverwaltung am 1. September mitgeteilt worden sei, gegen die genannte Firma liege nichts vor. Auf Grund dieser Auskunft habe er in Fürth seine Reisekarte mit der Bescheinigung erhalten, daß er bis zu 120 Mark unterstützungsberechtigt sei. Er habe auch gegen Vorlegung des Auskunftscheibens und der Reisekarte anstandslos in Berlin seine Reiseunterstützung erhalten. Es sei aber unwahr, daß er ihm nicht zustehende Gelder abgehoben habe.

Dem *Hoff* ist jedenfalls die Veröffentlichung seines Verhaltens sehr in die Glieder gefahren und er versucht nun, noch für sich zu retten, was irgend möglich ist. Dabei klammert er sich an die Nebensächlichkeit, er habe Auskunft eingeholt und infolgedessen seine Reiseunterstützung zu Recht erhoben. Tatsächlich ist in dieser ganz nebensächlichen Sache unserm Gewährsmann eine Verwechslung mit einem anderen Anfrager unterlaufen, der gleichzeitig mit der Anfrage von *Hoff* von Fürth aus die Adressen von vier Berliner Schutzverbandsfirmen verlangte, um dort wegen Stellung nachzufragen. Das zeitliche Zusammentreffen beider Anfragefälle aus Fürth läßt die Verwechslung begrifflich erscheinen.

Aber dieser Punkt ist, wie gesagt, ganz untergeordneter Natur. In unserem Artikel in Nr. 46 handelte es sich hauptsächlich darum, festzustellen, aus welchen Gründen dem *Hoff* die am 13. Oktober eingeforderte Umzugunterstützung vorenthalten worden ist. Das geschah, weil er geäußert hatte, er werde dem Verbände den Rücken kehren, sobald er seine Umzugskosten im Betrage von 90 Mark in der Tasche habe, und weil sein ganzes Verhalten im Geschäft erkennen ließ, daß er den Rausreißer machen werde. Die Tatsachen haben diese Annahmen bestätigt. Das war der springende Punkt in unserer Veröffentlichung, den der *Hoff* nicht aus der Welt schaffen kann. Daher wiederholen wir: »Daß wir dem Herrn dann nicht noch die Umzugskosten nachtragen, kann uns natürlich nur vom Schutzverbandschleifstein als Verbrechen angekreidet werden.« *Wer seine kollegialen Pflichten gegenüber der Allgemeinheit treu erfüllt, wird auch von letzterer unter keinen Umständen im Stich gelassen werden!*

Freiheitsideale des christlichen „Graphischen Zentralverbandes“

Es geschieht nicht oft, daß man den Klaffen des christlichen »Graphischen Zentralverbandes«, der »Graphischen Stimmen«, zur Erheiterung einige Minuten zur Hand nimmt. Denn ernsthaft kann man angesichts ihrer Bedeutungslosigkeit und Unverfrorenheit weder das Fragment eines »Zentralverbandes« noch sein geistiges Rüstzeug, die »Stimmen«, behandeln. Das ist keine Phrase, sondern banale Wahrheit. Denn wenn man bedenkt, daß es das christliche Verbändchen in den ca. 6 Jahren seines Bestehens auf etwas über 1500 Mitglieder gebracht hat, die sich zu 75 Proz. aus Buchbindern, sonst aber aus Buch- und Steindruckerehilfsarbeitern und -Arbeiterinnen, Steindruckern, Lithographen und Arbeitern in Papier-, Farben- und Tapetenfabriken zusammensetzen, so kann man wohl von fragmentarischer Bedeutung reden.

Ebenso unbedeutend sind natürlich die Leistungen. Die Einnahmen betragen im Jahre 1910 ca. 25 000 Mark; die Ausgaben sind im Jahresbericht mit

100 Mk. für Unterstützungen und mit etwas über 2000 Mark, also fast ebensoviel, für Verwaltungskosten angeben. Nach Abzug von weiteren 1000 Mk. für Bildungszwecke und 3100 Mk. für das Verbandsorgan bleibt ungefähr ein Ueberschuß von 4800 Mk., der das Verbandsvermögen auf etwa 20 500 Mk. anschwellen läßt. Inwieweit alle diese Zahlen als zuverlässig anzusehen sind, dafür gibt uns das Beispiel das eine dienen, daß im Jahresbericht von 1905 nach eigenem Eingeständnis die Mitgliederzahl bei einem angeblichen Gesamtbestand von 900 um 360 zu hoch angegeben war.

Im umgekehrten Verhältnis zu dieser Scheinrentenz des Verbändchens stehen die Worte und Behauptungen der »Graph. Stimmen«, deren Redakteur der Verbandsvorsitzende Hornbach ist. Mit großem Geschrei werden da den paar christlich organisierten Graphikern die schauerlichsten Terrorismusschreien der sozialdemokratischen Verbände entgegengebracht und der Kampf für Wahrheit und Recht proklamiert. Besonders muß dabei der Chemigrafentarif erhalten. Wir haben schon einmal hingewiesen, daß 1903 beim Abschluß des Tarifes dem »dringenden Bedürfnis« nach einem christlichen graphischen Verbände noch nicht abgesehen war, und daß 1908 bei der Tarifrevision der Zentralverband trotz ergangener Aufforderung die Zahl der christlich organisierten Chemigrafen verheimlicht für sich behielt. Man könnte darum die christlichen, ohne etwas zu verlieren, vollständig ignorieren. Leider hat aber auch die Wursteleiste Zentralverbandes eine ernste Seite, und diese offenbart sich, zum Schaden der Arbeiterschaft, gerade dann, wenn er einmal in Aktion tritt. Ein geradezu drastisches Beispiel dafür liefert die Nr. 12 der »Graph. Stimmen« vom 28. Oktober d. J., die die »Buchbinderzeitung«, das Organ des freien Buchbinderverbandes.

Unter der Spitzmarke »Genossen-Moral im Senefelderbund enthalten die »Stimmen« einen Beitrag aus Nürnberg, nach dem der Oberchrist-Hornbach in einem Referat folgendes ausführte: Die Brutalität der sozialdemokratischen graphischen Verbände sei ja im allgemeinen bekannt, aber unter diesen marschiere der Senefelderbund in Gemeinschaft mit dem Buch- und Steindruckereihilfsverbände an der Spitze. Gewerkschaftliches Sklaventum nannte er mit Recht, jene Vereinbarungen und Versuche, die ein Recht auf Brot und Arbeit zu haben, die Mitgliedschaft in einer bestimmten Organisation erzwingen. Sicherlich sei es zu bedauern, wenn Arbeiter von ihrem Koalitionsrechte keinen Gebrauch machen, aber sie gegen ihre Überzeugung laut Vertrag zu zwingen zwischen Verstand und Ausscheidung aus dem Berufe zu wählen, wisse an Barbarei. Bei den Chemigrafen und verwandten Berufen sei solche Schmach schon erreicht. In dem Rufe: »Der Freiheit eine Gasse!« zum Vortrag aus. Das war am 19. Oktober 1911 in Nürnberg.

Auf der nächsten Seite dieser selben Nummer der Stimmen prangte triumphierend die Ueberschrift: »Die Genossen ausgeschaltet!«. Aus dem darunter folgenden Freudenheul erfahren wir, daß der Zentralverband eine, gemeinsam mit dem Buchbinderverbände eingeleitete Lohnbewegung in Regensburger Buchbindereien allein mit einem Tarifabschluß zu Ende geführt hat, weil sämtliche Tarifbestimmungen dem Vorsitzenden der gemeinsamen Tarifkommission mitteilten, daß sie nur mit der christlichen Organisation, dem graphischen Zentralverbande einen neuen Vertrag zu tätigen beabsichtigten. Das verräterische dieser Handlungsweise wird man aber erst recht erkennen, wenn man weiß, daß bereits seit 1907 ein Tarif bestand, der mit beiden Organisationen abgeschlossen war und der jetzt erneuert werden sollte; daß ferner neben 120 Christlichen 61 freigewerkschaftlich organisierte in Betracht kommen. In einer Firma stehen sogar 19 Mitglieder des Buchbinderverbandes und nur 3 des Zentralverbandes. Ferner aber ist der christliche Verband in der Münchener Filiale einer der drei Regensburger Tariffirmen mit 100 Mitgliedern gegenüber 1400 Angehörigen der freien Gewerkschaft als Tarifkontrahent zugelassen worden. Trotzdem dem Vernehmen es die Regensburger Christen fertig, die gemeinsamen eingesetzte Lohnkommission im Stich zu lassen, allein zu den Verhandlungen zu gehen und allein den Tarif abzuschließen! Ja noch mehr! Die Regensburger Buchbindereibesitzer dem Vertreter des Buchbinderverbandes erklärten: »Wir verlegen hauptsächlich christliche Literatur, christliche Vereine und Gewerkschaften sind unsre Kunden, wir können sie uns nicht verdenken, wenn wir nur christlich organisierte beschäftigen wollen«, billigte ein Mitglied der Lohnkommission ausdrücklich diesen Standpunkt der Unternehmer.

Zwar wollen sich die Christlichen zunächst dagegen gesperrt haben, den Tarif ohne die Vertreter des Buchbinderverbandes abzuschließen. Aber wie kann man solchen Versicherungen Glauben schenken, wenn Weihnachten 1910 auf Betreiben christlicher Gewerkschaften, die Kunden der einen Firma sind, ein Plakat angeschlagen werden sollte folgenden Inhalts: »Nur christlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen können auf dauernde Beschäftigung rechnen.« Das sind dieselben Gewerkschaften, die sich nicht genug tun können in dem edlen Bestreben, durch Erfindung und Kolportage der haarsträubendsten Schauer geschichten Arbeitern und Spießbürgern das Gruseln vor den freien Gewerkschaften beizubringen.

Und was will es besagen, daß Herr Hornbach einen Antrag Kloths unterstützte, der nochmalige Verhandlungen der Unternehmer mit beiden Verbänden herbeiführen sollte, wenn die Mitglieder infolge der Erziehung durch Herrn Hornbachs »Graphische Stimmen« diesen Antrag glatt niederstimmten? Mit solchen Scheinmanövern, die im offenen Widerspruch zu konkreten Tatsachen stehen, bringt man sich ja selbst noch um den Rest von Vertrauen, der hier und da vielleicht doch noch vorhanden sein könnte. Glücklicherweise haben wir es nicht nötig, uns in einen Pakt mit dem Zentralverbändchen einzulassen, denn auch bei dem jetzigen Kampfe der Lithographen und Steindruckereihilfsverbände möchte er sein Schäferchen ins Trockene bringen.

Und Herr Hornbach, der am 19. Oktober in Nürnberg noch so toll gegen die Brutalität und Barbarei der graphischen Verbände wetteuerte? Er fuhr straks nach Regensburg und suchte bereits am 23. Oktober nach Entschuldigungsgründen für die »Barbarei« der Unternehmer, den Verrat und die »Brutalität« seiner Gesinnungsgenossen. Die donnernden Worte der Entrüstung, des Widerstandes gegen die Ausschaltung der freien Gewerkschaft blieben ihm versagt. Am 28. Oktober aber bietet der von Herrn Hornbach geleitete Kläffer des Zentralverbandes der Arbeiterschaft das ergötliche Schauspiel, wie er sich selbst in den Schwanz beißt; auf der einen Seite das Gebelze über »Genossenmoral«, auf der anderen das Frohlocken über die Ausschaltung der »Genossen«. Bisher die Renommierel: der 3 Städte Tarif der Buchbinder würde besser aussehen, wenn man mit den Christlichen gemeinsame Sache gemacht hätte; und jetzt in Regensburg der Abschluß des Tarifs mit viel geringeren Zugeständnissen, nachdem sich die Charakterchristen unter Vergewaltigung aller christlichen Moralanschauungen die patentierte Betätigung christlicher Nächstenliebe der christlichen Unternehmer zu eigen machten. Der »Erfolg« besteht also einzig und allein darin, »jetzt auf die Freundschaft« der frei organisierten Buchbinder »verzichten« zu können, also Treu und Glauben in den Dreck getreten zu haben. Dem gilt natürlich auch der Jubel.

Damit offenbart sich gerade die ernsteste Seite der Geschichte. Einmal insofern, als man es wagt, solche Erbärmlichkeiten Arbeitern als geistige Kost vorzusetzen, zum andern, daß es noch Arbeiter gibt, die sich aus dem Banne dieser Brunnenvergifter nicht zu befreien vermögen, wenn es auch ihrer nicht viele sind.

Für die Mitglieder der freien Gewerkschaften, insbesondere der graphischen Verbände, wird dieser Vorgang aufs neue zur Lehre dienen. Treffend illustriert er nicht nur die Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit des christlichen Zentralverbandes und der christlichen Gewerkschaften überhaupt, sondern er ist auch ein Beweis für die Schädlichkeit der Gewerkschaftersplitterung im Allgemeinen. Er läßt uns aber auch den meilenweiten Abstand zwischen den Bestrebungen der freien und der christlichen Arbeiterbewegung erkennen. Im Vordergrund der Aufgaben der freien Gewerkschaftsbewegung stehen die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter aus eigener Macht, die Verfolgung einer Gewerbepolitik, die den Arbeitern und der Allgemeinheit zum Nutzen gereicht. Die abgeschlossenen Verträge sind dabei nur Mittel zur Erreichung dieses Zweckes. Die christlichen Verbände suchen dagegen unsere Bestrebungen zu durchkreuzen zum Schaden der Arbeiterschaft. Wo ihnen von Unternehmersgnade die Macht in die Hand gegeben wird, benutzen sie diese lediglich zum Mitgliederfang, zur Aufbesserung ihrer lendelahmen Organisation und deren schwindächtigen Kassen. Und zwar ohne danach zu fragen, ob damit Arbeiterinteressen zertreten und gegebene Worte in den Wind geschlagen werden.

Schon in der Bezeichnung »freie Gewerkschaft« ist es ausgedrückt, daß hier wirtschaftliche Interessen verfochten werden, an denen mitzuarbeiten jeder eheliche, denkende Arbeiter, ohne Rücksicht auf sein politisches oder religiöses Glaubensbekenntnis, willkommen ist. Dort aber enthält schon der Name »christlicher Verband« den Hinweis, daß Sonderinteressen verfolgt werden, die mit wirtschaftlichen Fragen nichts zu tun haben. Der gesunde Sinn der Arbeiterschaft im graphischen Gewerbe erkennt das sehr wohl. Davon legt der Mitgliederzuwachs des Zentralverbandes Zeugnis ab. Er bezieht sich in 4 Jahren auf sage und schreibe 127, hundertsebenundzwanzig! Daran ändert auch die Veröffentlichung des Briefes eines angeblichen Chemigrafen P. . . R. . . in den »Stimmen« nichts. Dieser P. . . R. . . soll sich »als Opfer sozialdemokratischer Willkürherrschaft« unter Protest dem Senefelderbunde angeschlossen haben. Er ist höchstens ein lebendes Beispiel dafür, wie der Zentralverband mit seinen sich ewig widersprechenden Worten und Taten einzelnen Arbeitern die Köpfe zu verkeilen vermag. Aber auch bei diesen wird es dämmern. Es wird ihnen klar werden, daß christliche, nationale, sozialdemokratische, freisinnige, konservative Arbeiter ein Ziel haben: die Verbesserung ihrer Lebenslage! Die aber können sie mit lauterem Mitteln und Erfolg nur durch Zusammenfassen der Kräfte in einer Organisation erreichen. Sie werden aber dann die zum Tempel hinauszugehen, die ihnen Schauer märchen von »gewerkschaftlichem Sklaventum« erzählten und Protestbriefe gegen »sozialdemokratische Willkür-

herrschaft« diktiert, selbst aber mit dröhnenden Worten und erbärmlichsten Taten die kleinlichste Interessenpolitik trieben auf Kosten anderer.

»Freiheit!« heißt es in den »Graphischen Stimmen« vom 28. Oktober d. J. »Für die Freiheit des Volkes opfert Männer wie Tell und Winkelried freudig ihr Leben auf dem Altar des Vaterlandes.« In Regensburg haben wir das Ideal der Freiheit, wie es die Christlichen meinen, gesehen. Es ist eben so sagenhaft wie die Freiheitsopter Tells und Winkelrieds. gdt.

Ortsberichte.

Aus den Streik- und Aussperrungsorten.

Nach den Situationsberichten, die ständig aus einer großen Anzahl von Streik- und Aussperrungsorten hier eingehen, ist die Stimmung unter den Streikenden und Aussperrten ganz allgemein kampfesmutig und zuversichtlich. Die Zerplitterungsversuche der Unternehmer sind fast ausnahmslos ohne Ergebnisse geblieben. Auch mit der Streikbrecherwerbung hatten die Unternehmer fast gar keinen Erfolg. Leider ist uns der Abdruck von zum Teil sehr umfangreichen Situationsberichten aus allen rund 50 Streik- und Aussperrungsorten ganz unmöglich. Wir müssen uns darauf beschränken, kurze Auszüge aus den zuletzt hier eingelaufenen Berichten zu bringen.

Altwasser. Hier haben alle Gehilfen die Aussperrung durch die Firma Wunderlich einmütig hingenommen. Eine große öffentliche Volksversammlung, in der Kollege Paul Barthel-Berlin referierte, verurteilte ganz entschieden die Gemeinde schwer schädigende Aussperrungstaktik des Gemeindevertreters Wunderlich und sprach den Aussperrten ihre volle Sympathie aus.

Aschaffenburg. Die hiesige Zentrums Presse wurde dazu benutzt, um gegen die Aussperrten Stimmung zu machen und ihnen die Schuld an dem Kampfe in die Schuhe zu schieben. Wir blieben jedoch die Antwort nicht schuldig und das Zentrumsblatt mußte erklären, daß durch die vom Schutzverband verfügte Aussperrung, der sich die hiesige Buntpapierfabrik anschloß, die hiesige Mitgliedschaft des Deutschen Senefelder-Bundes in Mitleidenschaft gezogen wurde, obwohl hier nicht der geringste Grund zu Unstimmigkeiten gegeben war.

Berlin. Neben den regelmäßigen vollzählig besuchten Versammlungen der Aussperrten im Gewerkschaftshause, in denen von der durch den Schutzverband der Öffentlichkeit vorgelagerten Kleinmütigkeit und Verzagttheit nicht das geringste zu spüren ist, hält unsere Mitgliedschaft des öfteren große allgemeine Versammlungen in Moersers Riesensaal ab, um die gesamte Kollegenschaft ständig über die Lage des Kampfes auf den Laufenden zu erhalten. Die letzte dieser imposanten Riesensammlungen fand am 2. November statt. Sie billigte einmütig den festen Entschluß der Kämpfenden, unerschütterlich im Kampfe auszuharren, bis sich der Schutzverband zur Anerkennung unserer Forderungen entschlossen hat.

Cassel. Die Firmen Wenderoth und Grünbaum maßten sich an, den Lehrlingen und dem übrigen Personal bei einer Strafe von 50 Pf. zu verbieten, mit den Streikenden zu reden! Im Wiederholungsfalle soll dieses Verbrechen mit sofortiger Entlassung gesühnt werden. Mit diesem unerhörten Eingriff in die persönliche Freiheit werden die Firmen keine Lorbeeren ernten. Der Versuch der Firma Grünbaum, in einer hiesigen Nichtschutzverbandsfirma Streikarbeit unterzubringen, wurde abgewehrt.

Düren (Rhd.). Zu den Stehengebliebenen, worunter sich zwei frühere Steinschleifer und ein ehemaliger Papierarbeiter befinden, die jetzt als Maschinenmeister ihr Heil versuchen, hat sich noch ein aus Frankfurt a. M. zugereister Zeichner Schieler gesellt, der als Lithograph tätig sein soll. Die Aussperrten sind in bester Stimmung.

Hellbronn a. N. Daß die hiesigen Firmen unter dem Einfluß des Schutzverbandes die mit der hiesigen Zahlstellenleitung abgeschlossenen örtlichen Vereinbarungen des öfteren durchbrechen, ist allseitig bekannt. Sie befolgten natürlich auch die Aussperrungsparole des Schutzverbandes, wobei zu bemerken ist, daß sie im Kampfe gegen die Gehilfen in einigen Gehilfen, die es mit ihrer Ehre zu vereinbaren vermochten, ihren auf Pfaster geworfenen Kollegen in den Rücken zu fallen, treue Soldknechte fanden. Aber es gelingt letzteren nicht, die Einmütigkeit der Aussperrten durch ihre Raureißerfertigkeit zu untergraben. Mitgesunden Gliedern und Sinnen gedenken wir die unfreiwilligen, sonst schwer zu bekommenden Ferien.

Hof-Göhlenu. Hier haben sich alle Kollegen getrosteten Mutes von der Firma Hanke aussperrt lassen. Die Stimmung ist heute wenn möglich noch besser wie am ersten Tage, da die unfreiwilligen Ferien viel zur Erholung der Kollegen beigetragen haben.

Kirchhain N.-L. Die hiesigen Steindruckereihilfsverbände die Aussperrungsverfügung der Firma Ambrosius & Co. einmütig angenommen. Dagegen haben es einige Lithographen fertiggebracht, vor der aussperrenden Firma zu Kriechen zu kriechen und sogar noch Hausarbeit zu schuften. Sie machen aber bei dem allgemeinen Charakter der Bewegung den Kohl noch lange nicht fett.

Leipzig. Hier haben jetzt insgesamt 23 Firmen die Forderungen der Gehilfen bewilligt. Die letzte bewilligende Firma war eine Anstalt mit 12 Schnellpressen! Die Unternehmer befinden sich insofern in Nöten, als sich aus den Reihen der Aussidenden sogut wie keine Streikbrecher finden, die paar vor-handenen Arbeitswilligen sich aber — die Großunternehmer rechtzeitig gesichert haben. Die kleinen Unter-nehmer sind nun brachgelegt und wüten über die Großen. Schreie sie der Sichtwechsel des Schutz-verbandes nicht, sie würden in weit größerer Zahl die Forderungen der Ausständigen bewilligen. Alle Bemühungen, aus den Reihen der Streikenden Ver-räter zu ergattern, sind bisher gescheitert. Die Aus-ständigen stehen fest und erwarten, daß der Zuzug wie bisher streng gemieden wird.

Mügel-Niederselitz. In der kombinierten Versammlung der Kollegen beider O.te, die am 1. November in Mügeln stattfand, gab Kollege Leinen-Dresden einen Ueberblick über die Ursachen und den bisherigen Verlauf der Bewegung. Durch die Opferwilligkeit der Kollegen sind unsere Kassen so gesärkt worden, daß wir dem Verlauf der Be-wegung mit noch größerer Ruhe wir 1906 entgegen-gehen können. Der große Beifall, den das Referat fand, und der überaus gute Besuch der Versamm-lung legten Zeugnis ab von der Stimmung der Kollegen und ihrem Interesse an unsrer Sache.

Offenbach a. M. Hier ist alles beim alten. Bemerkenswertes ist nicht passiert. Die streikenden Kollegen halten fest zusammen, die unregelmäßig stehenden leer und die Unternehmer machen verzweifelte Anstrengungen, um Leute zu bekommen. Besonders geht man auch im Auslande auf den Streikbrecherfang; Rausreißer sind aber bis jetzt noch nicht erschienen.

Saalfeld a. S. Die hiesigen Aussperrfirmen suchen verzweifelt Streikarbeit auswärts unterzubringen. In den Betrieben selbst hat man seine letzte Hoffnung auf die Lehrlinge gesetzt, die nach allen Regeln der Kunst angetrieben werden, recht viel zu machen, und die man sogar anhält, ihre menschlichen Bedürfnisse zu Hause zu verrichten, um im Geschäft ja keine Zeit zu verschwenden. Wie verzweifelt die Lage der Unternehmer sein muß, geht auch daraus hervor, daß einer von ihnen, der sich jetzt verheiratet, bei der Hochzeitfeier den Stoß-seutler aussieß: „Das liebste Hochzeitsgeschenk wäre mir, wenn jetzt ein Telegramm mit der Nach-richt eintreffen würde, daß die Aussperrung aufge-hoben ist!“ Die Stimmung der Ausgesperrten läßt nichts zu wünschen übrig.

Stuttgart. Die Einwirkung der Unternehmer auf die Frauen der Streikenden, ihre Männer zum Streikbruch zu bewegen, blieb erfolglos. Ein ver-veikrachter Prinzipal (gelernter Lithograph), der 1906 noch Mitglied des Schutzverbandes war, hilft jetzt als Rausreißer in der Umdruckerei einer benestigten Firma. Aus zwei Firmen wurden drei angeworbene Arbeitswillige herausgezogen und weiterbefördert. Dagegen hat die Drohung des städtischen Armen-amtes gegenüber einer Hilfsarbeiterin, ihr die Unter-stützung zu entziehen, falls sie die Arbeit nicht wieder aufnimmt, Erfolg gehabt; sie wurde aus Not zur Streikbrecherin. In derselben Richtung wurden von der Ortskrankenkasse zwei kranke Kollegen be-arbeitet, der ein angedroht wurde, daß sie ins Spital müßten, wenn sie nicht arbeiten; die Drohung dieß erfol, los. Auch die Polizei stellt sich als dritte im Bunde in den Dienst des Unternehmertums und be-gleitet die Arbeitswilligen auf dem Wege zum Ge-schäft und zurück in die Wohnungen. Trotz alledem stehen die Streikenden treu und fest zu-sammen in dem festen Willen, den Sieg zu erkämpfen.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.
Redigiert von Fr. Schmetter, Hannover.

„Kunstflug“.

Der Kollegenschaft Deutschlands ist die Firma Eckert & Pflug in Leipzig sehr bekannt. „Kunst-flug“ ist ihre Telegrammadresse, und wie auf ihrem Briefkopf zu lesen steht, beschäftigt sie >120 akademisch gebildete Zeichner und Graveure. Es kommt tatsächlich auch sehr gute, oft sogar künstlerische Arbeiten heraus, sodaß es zweifelhaft ist, daß nur erste Spezialkräfte dort beschäftigt werden. Auch die ständigen Inserate in der Fach-presse haben manchen Kollegen auf die Firma aufmerksam gemacht und in ihm den Wunsch an-geregt, dort in Stellung zu treten. Die Firma hat sich mit der Zeit auch einen Stamm gut qualifizierter Arbeitskräfte herangezogen, was nur unter Mühen und Kosten möglich ist.

Wer nun aber glaubt, daß die Firma — wie es in andern Firmen der Fall ist — diesen ersten Kräften eine entsprechende Wertschätzung auch in der Behandlung zu teil werden lasse, der irrt sich. „Wem es nicht paßt, der kann gehn!“ das ist die Antwort, die dem zuteil wird, der es wagt, gegen die oft eigenartigen Anordnungen des Prinzipals, der nebenbei bemerkt nicht einmal Fachmann ist, Einspruch zu erheben. Dabei wird von jedem dort Beschäftigten aber die größte Selbständigkeit ver-langt. Er bekommt die Briefe der Kundschaft mit der Arbeit zugewiesen, muß also allen Wünschen der Kunden nach eigenem Outdünken gerecht werden; er wird auch verantwortlich gemacht, wenn ihm das nicht gelungen ist. Wenn nun nach dieser Seite hin den Kollegen weitestgehendes Ver-trauen geschenkt wird, so ist das bei daraufhin ganz natürlichen Vorgängen nicht der Fall: Die Kollegen, die meist schon in gesetzteren Jahren stehen, müssen, wenn selbständiges Handeln von ihnen verlangt wird, sich auch einmal gegenseitig beraten, sie müssen miteinander reden. Nur so natürlich ist es, daß dabei auch private Worte fallen — wo ist da überhaupt eine genaue Grenze zu ziehen —, zumal da die Kollegen den ganzen Tag dicht nebeneinander sitzen oder an den Zeichen-brettern stehen. Wehe aber dem, der vom Prinzipal oder seinen Aufpassern dabei erwischt wird, wenn er seinen Kopf dem Nachbarn zugewendet hat — er wird in der rücksichtslosesten Art abgekanzelt oder bekommt ein Schreiben, worin er auf sein fürchterliches Verbrechen aufmerksam gemacht wird.

Das mußte die Kollegen schon sehr erbittern. Wenn sie nun aber noch merken mußten, wie sie umschlicher, belauscht und provoziert wurden, wie Liebediener und Speichellecker an der Arbeit waren, ihr Mätschen durch Anbringereln und Verhetzungen beim Prinzipal an den ihnen Mißliebigen zu kühlen, so ist es verständlich, daß sich ein Oról bei den aufrechten Kollegen ansammelte, der bei gelegener Zeit durchbrechen mußte. Und das trat bei der jetzigen Bewegung ein, denn beinahe 100 Kollegen der Firma, Maler, Zeichner und Lithographen, schlossen sich dem Leipziger Streik an. Darob waren nun die Herren, die diese Stimmung charak-terlos durch ihre Maßnahmen verschuldet hatten, denn doch etwas perplex. Auch Herr Pflug hatte

derartiges nicht erwartet. Ihm wäre es zwar leicht gewesen, den Kampf in seiner Firma abzuwenden, aber seinen „getreuen“ Ratgebern paßte das nicht in den Kram. Und wie das immer ist, wird solchen Leuten, die sich nicht scheuen, gegen ihre Kollegen mobil zu machen, Recht gegeben. Herr Pflug soll das schon bereit haben — er wird aber später noch mehr einsehen lernen, wie schlecht er beraten war.

Wir haben dies den deutschen Kollegen unter-breitet, damit sie wissen, woran sie sind, wenn sie — wie dies oft geschieht — von der Firma Offerten bekommen oder wenn sie auf die Inserate der Firma reagieren. Sie werden in den Engage-mentsschreiben sehr höflich als „Mitarbeiter“ begrüßt, wenn sie aber antreten, müssen sie bald merken, daß sie in ihren Voraussetzungen, eine ihnen ent-sprechend Behandlung zu erfahren, sie sehr getäusch-wurden. Die Kollegen, die jetzt im Streik stehen sind entschlossen, die Verhältnisse herbeizuführen in der Firma, die für sie notwendig sind; sie stehen wie ein Mann. Nur 4 Streikbrecher haben sich bis jetzt gefunden, davon sind mindestens 2, die das Pulver nicht erfinden haben; sie werden den au-rechten Kollegen keinen Schaden tun.

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

Aus den Sektionen.

Berlin (Kupferdr.). Unsere Oktoberversammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit Tarifangelegen-heiten. Die Prinzipale beabsichtigen, wegen an-gewöhnlichen Druckermangels Ueberläufer einzustellen. Hiergegen protestierte die Versammlung ganz entschieden, da speziell die betreffende Firma genügend Drucker zugewiesen erhalten hat und auch der Tarif dieses nicht zuläßt. Des weiteren wurde Beschwerde geführt über die tariflichen Quertreibereien mancher Prinzipale, durch die die Gehilfen sehr oft zur Einreichung von Klagen ge-zwungen werden. Etwas mehr Entgegenkommen der Prinzipale wäre sehr angebracht. Die Geduld der Gehilfen könnte auch mal enden und die Prinzipale haben sich alsdann die Folgen zuzu-schreiben. Außerdem wird vermutet, daß die Prinzi-pale gewillt sind, den tariflichen Minimallohn als Maximallohn zu betrachten und bei einem Engage-ment über den Minimallohn von 30 Mk. nicht hin-zuzugehen. — Beschlossen wurde, den Anfang der Monatsversammlungen auf 6 Uhr zu verlegen, damit auch die entfernt wohnenden Kollegen die Versammlungen besuchen können.

Feuilleton.

Vom Büchertisch.

Wissenschaftliche Rundschau. Halbmonats-schrift für die Fortschritte aller Wissenschaften. Herausgeber Dozent M. H. Baeg. Jahrgang 1911/12. Heft 1 bis 3. Theodor Thomas Verlag, Leipzig.
Die Zeitschrift dient der Förderung des wissen-schaftlichen Denkens auf den mannigfachsten Ge-fassender Bildung strebenden Arbeiter zum Abonne-ment empfohlen werden.

ROCKE'S HERMINOL übertrifft alle TROCKENMITTEL

Generalvertrieb durch HAASE & KAISER, Leipzig

Stellenangebote

Positiv-Retuscheure
die in Maschinen Retusche das Vollen-dete leisten, suchen
[150]
Böhme & Co., Magdeburg.

Tüchtiger Positiv-Retuscheur
an selbständiges rationelles Arbeiten
gewöh. sowie
1 jung. Auto-Aetzer
in dauernde Stellung gesucht. [210]
Conrad Schönhals, Breslau I.

Tüchtige Farb-Aetzer
per sofort in dauernde Stellung gesucht.
Brend'Amour, Simhart & Co.,
München. [150]

Farben-Kupferdrucker
perfekter, selbständiger Arbeiter per
sofort oder später gesucht. O.ferien
mit Gehaltsansprüchen sowie Zeugnis-
abschriften an
[240]
Bischoff & Häfle, O. m. b. H.,
München, Kaulbachstr. 51a.

Mehrere tüchtige Messingstecher
werden durch den Arbeitsnachweis
gesucht. C. Schubart,
Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 24.

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-
druck, Photomechanische Verfahren.
Entwurf und Werkstoff-Ausbildung.
Prospekte frei. Kunstgewerbeschule
Barmen

Stellengeseuche

Kopierer sucht Stelle besonders
für das Verfahren von
Dr. E. Albert erlundenen Kopier-raster
und Dracople, kann den Eiweiß und
Emaillierprozeß und ist im Pigmentko-
pieren bewandert. München wird be-
vorzugt. Gefl. Offerten an Anton Rasp,
München, Blumenburgerstr. 15, III.

Chiffre-Inserate
finden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme
mehr.
Die Expedition.

Verschiedenes

„Matt-Lack“. [300]
Beste Farbenzusatz gegen Kleben, Hart-,
Blankwerden u. Aufreißen der Abdrücke,
Rinnen der Farbe. Preis Kilo Mk. 3,50;
bei 10 Kilo Mk. 3,--

„Harmalein“.
Vorzüglicher weißer Trockenstoff in
Paste, kein Herunterwischen der Farben
mehr. Auch beim Chromo- u. Buntdruck
verwendbar, da jede Farbe gut abbebt.
Kilo Mk. 3,50.

„Bronsol“.
Gibt feststehende, glatte Bronze, auch
bei losen, ungeeigneten Papieren. Preis
Kilo Mk. 4,-- Gegen Nachnahme.
Kunden erhalten neuestes Tonschutz-
Rezept gratis. F. Hanke, Ham-
burg 22, Wohldorferstr. 60.

Graphische Kunstanstalt
zu kaufen gesucht, eventl. Beteiligung.
Offerten unter L. D. 6907 befördert
Rudolf Mosse, Leipzig. [180]

2 Lichtdruck-Schnellpressen

in tadellosem gebrauchsfähigem Zu-
stand sofort billig abzugeben. Adr.
sub. 50 A., an die Exped. der „Gr.“
Pr. erbeten. [180]

Fachliteratur.

Der praktische Umdrucker.
Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesam-
gebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf.
Der Aluminiumdruck (Algraphie).
Von K. Weilandt. Preis inkl. Porto 85 Pf.
**Alois Senefelder und die Ent-
deckung der Lithographie.**
Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pf.
Zu beziehen durch

Conr. Müller, Schkeuditz.

Verbandsnachrichten

Achtung! Glogau!
Auskunftserteiler ist Joseph Pils,
Glogau, Beilstraße 13.